

Solide und gerecht

Lisa Paus erläutert die Grundlagen unseres Grünen Steuerkonzepts. [Seite 4](#)



Für Berlin in den Bundestag

Wir stellen unsere Grüne Landesliste vor. [Seiten 6/7](#)



Kiez wehrt sich!

In Neukölln formiert sich ein breites Mietenbündnis gegen Verdrängung. [Seite 11](#)

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 178, Ausgabe III / 2013



Foto: Anja Kofbinger

Anja lebt seit 14 Jahren im Neuköllner Reuterkiez, wo sie bei den Wahlen 2011 ihren Wahlkreis klar direkt gewinnen konnte. Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses ist sie bereits seit 2006, sie

DAS ETWAS ANDERE INTERVIEW MIT DIREKTKANDIDATIN ANJA KOFBINGER

„Ich hab einfach Bock auf Neukölln“

Anja, wenn du an Neukölln denkst, denkst du an...?

Steigende Mieten. Muss ich noch mehr sagen? Nein, bitte streicht das wieder. Wenn ich an Neukölln denke, dann denke ich zuerst daran, dass Neukölln meine Heimat geworden ist, dass ich sehr glücklich bin, hier zusammen mit meiner Frau zu leben – und das in einer Wohnung, die nicht von horrenden Mietsteigerungen betroffen ist. Ich genieße das bunte und vielfältige Leben, vor allem hier direkt vor meiner Haustür im Reuterkiez, und werde mich noch mehr gegen die sozialen Härten engagieren, die ich hier täglich vor Augen habe.

Stell Dir vor, wir haben das Jahr 2017 – wie sieht Neukölln dann aus?

Oh, das ist 'ne schwierige Frage. Das kommt natürlich auch darauf an, wie die Bundestagswahl ausgeht. Aber ich bin mir sicher, es wird mindestens genau so bunt

und quirlig sein wie jetzt. Es wird weiterhin ständig etwas Neues zu entdecken geben. Darauf möchte ich jedenfalls nicht verzichten.

Da Neukölln ja angeblich überall ist: an welcher Stelle würdest Du es dir tätowieren lassen und was wäre Dein Lieblingsmotiv?

Ich finde Tätowierungen sehr schön, nur nicht bei mir, daher habe ich darüber noch überhaupt nicht nachgedacht. Aber da Neukölln ja nix für'n Arsch ist – auf gar keinen Fall dahin! Und hast Du spontan eine Idee für ein Motiv?

Natürlich die „Fortuna“, die auf dem Rathaus thront.

Stell Dir vor, du besuchst Christina Schwarzers Kaffeesprechstunde. Welches Gastgeschenk würdest du ihr mitbringen?

Ich wusste gar nicht, dass sie eine Kaffeesprechstunde hat. Vielleicht sollte ich sie da tatsächlich mal besuchen gehen, könnte interessant werden... Und mitbringen würde ich ein Tässchen gute Laune.

Kommen wir zu Deinem anderen Hauptkontrahenten hier auf Bezirk-

sebene: Wenn du mit Fritz Felgentreu eine Punkrockband hättest – wie wäre Euer Name?

„A.K. feat. Walter Ulbricht (gefangen im Körper eines HB-Männchens)“ oder wenn's kurz sein soll „Kofi und die Felge“.

Jetzt mal ehrlich, Anja – Du hast nicht unbedingt die besten Chancen auf das Direktmandat in Neukölln. Warum tust Du Dir das dann überhaupt an?

Ich liebe Wahlkampf! Nur deshalb. (lacht) Nein, im Ernst - ich finde es wichtig, dass Neukölln viel Grüner wird. Wir haben meiner Meinung nach die besseren Konzepte für die Probleme nicht nur hier im Bezirk und mir ist es wichtig, so vielen Menschen wie möglich auch persönlich von diesen Vorschlägen zu erzählen und mit ihnen darüber zu diskutieren. Und der Wahlkampf ist eine gute Möglichkeit dafür.

Neukölln ist nicht überall, Neukölln ist sehr speziell, sehr liebenswert und eine große Herausforderung und ich hab einfach Bock auf Neukölln.

Das Interview führten Annette Heppel und Francisca Fackelley.

vertritt dort als Fachpolitikerin der Grünen Fraktion insbesondere die Rechte von Frauen, Lesben, Schwulen und Trans*. Als Mitglied des Petitionsausschusses setzt sie sich außerdem für die Interessen von ALG-II-Empfänger_innen gegenüber den Jobcentern ein. Im Bundestag möchte sich Anja vor

allem für die für Neukölln wichtigen Themen einsetzen: bezahlbaren Wohnraum, soziale Gerechtigkeit, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, eine aktive Integrationspolitik, den Doppelpass sowie ein kommunales Wahlrecht für alle Bürger_innen. Sehr wichtig ist ihr ein weltoffenes Neukölln, in dem

Rassist_innen keinen Platz haben und Respekt herrscht gegenüber Andersdenkenden, Andersgläubigen und Andersliebenden – denn: Multikulti ist gescheitert! Nähere Informationen zu Anja Kofbinger, ihrer politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie unter www.kofbinger.de.

Ein, zwei, drei oder vier Pässe – ist doch egal!

Stell Dir vor, Du bist in der Bundesrepublik aufgewachsen und hast daher – im Gegensatz zu Deinen Eltern – auch einen deutschen Pass. Doch die Gesetze zwingen Dich, Dich im Alter von 23 Jahren zu entscheiden: zwischen Deiner deutschen Staatsbürgerschaft und der Deiner Eltern. So geht es allein in diesem Jahr 3.300 Bundesbürger_innen. Und obwohl sich die überwältigende Mehrheit für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet, fällt vielen die Entscheidung schwer. Denn die Politik zwingt sie zur Entscheidung: zwischen dem Land, in dem sie leben, oder dem Land mit den Wurzeln ihrer Eltern. In manchen Fällen finden sogar Ausbürgerungen statt, nur weil Fristen versäumt oder Nachweise zu spät gebracht werden. Plötzlich werden junge Menschen zu Ausländer_innen im eigenen Land gemacht.

Eigentlich sollten wir heutzutage schon weiter sein. Denn eine moderne Gesellschaft hätte all dies nicht nötig, sondern würde den Besitz mehrerer Pässe einfach zulassen. Wir Grüne denken nicht im alten Schema der Nationalstaatlichkeit und setzen uns schon lange für die doppelte Staats-

bürgerschaft ein. Denn sie schadet keinem, es gibt keine logischen Gründe gegen sie. Im Gegenteil: Sie bringt vielen Menschen Vorteile. Bei einer grünen Regierungsbeteiligung werden wir daher den so genannten Optionszwang sofort abschaffen und die Möglichkeit einführen, mehrere Pässe zu besitzen.

Doppelte Staatsbürgerschaft bisher nur für wenige

Schon jetzt gibt es in Deutschland viele Menschen mit zwei oder mehreren Pässen. So dürfen etwa alle EU-Bürger_innen neben der deutschen auch ihre andere EU-Staatsbürgerschaft behalten. Und auch Menschen aus anderen Ländern (z.B. Libanon und Brasilien) dürfen ihren alten Pass behalten, da diese Länder die „Entlassung“ aus ihrer Staatsbürgerschaft gar nicht kennen.

Weil es für Länder wie die Türkei aber keine Ausnahme gibt, benachteiligt der Optionszwang eine große Bevölkerungsgruppe in unserem Land. 68 Prozent aller Optionspflichtigen müssen sich nämlich zwischen der deutschen und der türkischen Staats-

bürgerschaft entscheiden! Und zwar auch diejenigen, die in der dritten Generation hier leben.

Doppelte Staatsbürgerschaft für Wahlrecht und Beteiligung

Die doppelte Staatsbürgerschaft würde auch in anderen Bereichen zu mehr Gerechtigkeit und Teilhabe führen. So können heute etwa viele Menschen – obwohl sie seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland leben – nicht wählen gehen, weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Und obwohl sie hier leben, arbeiten und ihre Kinder großziehen, können sie an den demokratischen Entscheidungen nicht mitwirken. Sicherlich hätten einige von ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können, aber dafür hätten sie ihren bisherigen Pass abgeben müssen. Und das ist für viele eine gut nachvollziehbare Hemmschwelle, da es sie z.B. beim Besuch von Verwandten und Freund_innen in ihren Herkunftsländern zu Ausländer_innen macht. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist also auch ein wichtiger Schritt zu mehr demokratischer Teilhabe.

Für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht

Doch die doppelte Staatsbürgerschaft kann nur ein Teilchen in der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sein. Denn es gibt viele Menschen, für die der Erwerb des deutschen Passes ein unerreichbares Ziel ist. Daher müssen wir die allgemeinen Anforderungen für die Einbürgerung erleichtern. Zum Beispiel sollten alle Kinder, die in Deutschland geboren werden, automatisch einen deutschen Pass bekommen. So ist es auch in den USA. Denn bisher bekommen nur die Kinder bei ihrer Geburt einen deutschen Pass, bei denen ein Elternteil seit acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Aber es werden auch viele Kinder geboren, wo die Eltern nur eine Duldung oder ein befristetes Aufenthaltsrecht haben – und die gehen leider leer aus.

Es gibt also viel zu tun. Ich möchte



Foto: Jochen Biedermann

gerne daran arbeiten, dass wir endlich ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht für das 21. Jahrhundert bekommen. Leider sind die Widerstände in Politik und Gesellschaft immer noch hoch, aber wenn wir weiter kämpfen, schaffen wir das! Daher: am 22. September GRÜN wählen!

Paula Riester, Bundestagskandidatin und Fraktionssprecherin im Bezirksparlament Friedrichshain-Kreuzberg

Ein paar Zahlen zur Zuwanderung von europäischen Roma nach Deutschland

Nach einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes vom 20. Februar 2013 kamen im Jahr 2011 aus Bulgarien 22.000 Menschen und aus Rumänien 38.000 – also alles andere als eine Massenwanderung.

Nach Angaben des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen gehen 80 % der Arbeitseinwanderer_innen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland einer sozialversicherungsrechtlichen Erwerbstätigkeit nach. So arbeiteten 2011 in Deutschland fast 200.000 bulgarische und rumänische Saisonarbeitskräfte in deutschen Spargelfeldern oder Weinbergen. Zudem – so das RWI weiter – handelt es sich bei 46 % der rumänischen und bulgarischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten um qualifizierte Fachkräfte, nicht weniger als 22 % gelten sogar als hochqualifiziert. Und nicht zu vergessen: Rund 10.000 Personen aus Bulgarien und Rumänien studieren derzeit an deutschen Hochschulen. Aus diesen beiden Mitgliedstaaten kommen also häufig auch solche Arbeitskräfte, die in Deutschland händeringend gesucht werden.

Siehe: gruenlink.de/ltk
Und in Neukölln? Hier leben insgesamt 315.652 gemeldete Einwohner_innen, davon sind 1.849 Bulgar_innen und 2.695 Rumän_innen (Stand: 30.06.2012). 594 bzw. 617 dieser Menschen bekommen Leistungen, die anderen sorgen für ihren Lebensunterhalt selbst. Ca. 800 Schüler_innen in Neukölln kommen aus Südosteuropa und sind vermutlich Roma – die Staatsangehörigkeit allein sagt ja noch nichts darüber aus, ob man ein Rom oder eine Romni ist. Empfehlenswert zu dem Thema ist der dritte Romastatusbericht des Neuköllner Bezirksamtes vom März 2013. Hier findet man zu den Zahlen auch eine Einschätzung der Situation im Bezirk und eine Beschreibung der vielfältigen Aktivitäten verschiedener Vereine und Organisationen, die den Menschen dabei helfen, hier Fuß zu fassen und Bildung und Arbeit zu finden.

Siehe: gruenlink.de/ltl

Susanna Kahlefeld, MdB

Inhalt

„Ich hab Bock auf Neukölln“	Seite 1
Zum Optionszwang	Seite 1
„In Neukölln pulsiert das Leben“	Seite 2
Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus	Seite 2
Bürgerliche Beteiligung	Seite 3
Wissen, was drin ist	Seite 3
Grünes Finanzkonzept	Seite 4
Liebblingsstellung? Gleichstellung!	Seite 4
Kurze Beine, lange Wege	Seite 5
Das liebe Geld	Seite 5
Vorstellung der Landesliste	Seite 6/7
Grundsicherung der Zukunft	Seite 8
Zur Kitapflichtforderung	Seite 8
Mehr als nur Spielfreude	Seite 9
Bildung und Zuwanderung	Seite 9
Die Angst war ein ständiger Begleiter	Seite 10
Wer überwacht hier wen?	Seite 10
Meine Daten gehören mir	Seite 11
Neuköllner Mietentisch	Seite 11
Kreatives Nordneukölln	Seite 11
Soziale Wohnungspolitik	Seite 12
Wichtige Infos zur Wahl	Seite 12

NEUKÖLLNER_INNEN IM GESPRÄCH

„In Neukölln pulsiert das Leben“

Merdjan Jakupov ist der dritte Interviewpartner in unserer Reihe: „Neuköllner_innen im Gespräch“. Er ist 25 Jahre alt und gebürtiger Rom aus Mazedonien. Seit 2011 lebt er in Neukölln. Hier engagiert er sich im Verein Amaro Foro e.V. für die Rechte von Roma. Seit 2012 leitet er den Berliner Landesverband und ist stellvertretender Bundesvorsitzender bei Amaro Drom e.V. Jugendarbeit, insbesondere die Freizeit- und Bildungsangebote sowie die Organisation von Veranstaltungen und Festen (z.B.: 8. April: Internationaler Roma-Tag, 6. Mai: Herdelezi) gehören zu seinen Aufgabengebieten. Er koordiniert auch die europäischen Freiwilligendienste, die Menschen aus verschiedenen EU-Ländern nach Deutschland führen, um hier mit und für Roma zu arbeiten.

Lieber Herr Jakupov, Sie engagieren sich intensiv in Neukölln und weit darüber hinaus, was hat sie bewogen nach Neukölln zu kommen?

Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr in Mazedonien in unterschiedlichen Bereichen der Roma-Jugendarbeit tätig gewesen. Auf einem internationalen Treffen in Bulgarien hatte ich erste Kontakte zu Amaro Drom e.V. Als der Freiwilligendienst 2011 startete, war ich einer der ersten Teilnehmer. Der Verein war im Neuköllner Flughafenkiez ansässig, so bin ich ebenfalls in diese Gegend gezogen.

Was ist für Sie das besondere an Neukölln?

Hier liebe ich die Vielfalt der unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen, aber auch die vielfältigen

Möglichkeiten kultureller Angebote. In Neukölln pulsiert das Leben. Man ist direkt im Stadtzentrum. Letzte Woche war ich mit unserer Jugendgruppe am Müggelsee, da ist mir besonders aufgefallen, wie ruhig es dort ist und was für ein Trubel in Neukölln.

Was lieben Sie am Bezirk?

Ich mag die Grünanlagen, den Weichselplatz, den Grünzug am Landwehrkanal und die Weite des Tempelhofer Feldes. Dort kann man neue Menschen kennen lernen und mitten in der Stadt entspannen. Beim Kulturangebot muss unbedingt das 48-Stunden-Neukölln-Festival erwähnt werden, bei dem wir uns mit Amaro Foro e.V. auch selbst beteiligen. Im Neuköllner Norden gibt es auch wichtige geschützte Räume.

Damit meine ich Räume von Roma für Roma, wie z.B. das Rroma Aether Klub Theater.

Was gefällt Ihnen gar nicht?

Ich kann mich in Neukölln problemloser bewegen. In anderen Teilen der Stadt spüre ich, wie mich Menschen merklich anschauen, auch der Umgangston ist ab und zu weniger freundlich. Ich finde der Bezirk braucht mehr Grün in den Straßen und

weniger Müll. Die Neuköllner_innen müssen etwas umsichtiger werden. Es gibt auch zu wenige Spielflächen für die vielen Kinder hier. Ein weiteres großes Problem sind die steigenden Mieten, aber das gilt ja inzwischen für fast die ganze Stadt.

Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung in Neukölln? Wie wird sich Neukölln in Zukunft verändern?



Foto: European Union 2011
PE-EP/Pietro Naj-Oleari

Momentan lebt der Bezirk insbesondere von den jungen Menschen, die z.B. als Studierende oder Künstler_innen kommen. Auch die kulturelle Vielfalt der Neuköllner_innen aus unterschiedlichen Ländern ist eine Bereicherung. Ich denke nicht, dass sich diese Neuköllner Mischung bald deutlich verändern wird, weil vieles für reiche Menschen nicht attraktiv genug

ist. Ich hoffe, ich behalte Recht. Wenn Sie die Regierungsgewalt hätten, was würden Sie als dringende/Problem/e ansehen?

Es muss sich etwas in der Flüchtlingspolitik ändern. Die Deutschen müssen verstehen, dass niemand aus Spaß seine Heimat verlässt. Wer nach Deutschland flieht, muss Hilfe und Unterstützung und schnell einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen,

damit sie oder er arbeiten oder sich qualifizieren kann. Menschen brauchen eine Perspektive, Unsicherheit macht krank. Ich halte die Freizügigkeit der Menschen für ein wichtiges Recht. Deshalb sollte sich auch etwas an der Visavergabepolitik ändern. Gibt es etwas Wichtiges, das Sie noch sagen wollen?

Roma sollen differenziert betrachtet werden. Je nachdem, woher Roma kommen, welche Ausbildung sie haben, was sie gelernt haben, sind die Probleme unterschiedlich. Es gibt natürlich auch Roma, die gar keine Probleme haben, die sich einfach nur wünschen, als Roma anerkannt und geschätzt zu werden. Im Zusammenhang mit Roma wird leider fast ausschließlich negativ berichtet. Hier ist ein Wandel in der Sichtweise vieler Medien erforderlich. Auch die positiven Dinge müssen es in die Zeitung schaffen. Einwanderer_innen müssen Informationen über ihre Mitbestimmungsrechte erhalten, dass sie sich in ihrer neuen Heimat beteiligen können.

Was geben Sie uns Grünen mit auf den Weg?

Es wurden ja schon einige Punkte angesprochen. Die Grünen sollten sich insbesondere in der Flüchtlings- und Integrationspolitik engagieren. Die Grünen sollen auf die Jugend hören. Ich habe das Gefühl, dass hier noch viel nachgeholt werden kann. Junge Menschen haben Ideen und wollen etwas verändern.

Lieber Herr Jakupov, ich danke Ihnen für das Gespräch!

Das Interview führte
Christian Hoffmann

ANJA KOFBINGER UND SUSANNA KAHLEFELD BERICHTEN AUS DEM PARLAMENT

Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus

Der Integrationsbeauftragte Neuköllns im Abgeordnetenhaus

Einen denkwürdigen Auftritt hatte der Integrationsbeauftragte Neuköllns im Februar vor dem Ausschuss für Arbeit, Integration und Frauen: Geladen von der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses sollte er, gemeinsam mit seiner Pankower Kollegin, über ein Jahr Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes berichten. Aber während Frau Wüsten in

ihrem kritischen Rückblick Stärken und Schwächen des Gesetzes darlegte, bezeichnete Herr Mengelkoch in einer kurzen Erklärung die ganze Diskussion als Zeitverschwendung. Den Ausschuss durch die Weigerung, eine inhaltliche Stellungnahme vorzulegen, so offen zu missachten, machte sogar die CDU sprachlos. Neukölln hat mit diesem peinlichen Verhalten erneut gezeigt, wie isoliert es in der Partizipations- und Integrationspolitik ist. Es nimmt schon seit Jahren am fachlichen Austausch mit den Beauftragten der anderen Bezirke nicht mehr teil. Zum Glück leisten die Integrationsarbeit und -weiterentwicklung hier viele Vereine und Organisationen, die – mal mit aber meist ohne

Unterstützung des Bezirksamtes – für die Neuköllnerinnen und Neuköllner da sind. Mehr unter: www.susanna-kahlefeld.de/neukoelln

Strategiepapier zur Integration ausländischer Roma

Zuerst das Lob: Es ist gut, dass es nun eine umfassende Strategie zur Unterstützung der Roma gibt – EU-Bürger_innen, die zu uns kommen, um Arbeit und ein besseres Leben zu suchen. Europa wächst zusammen und das heißt auch, dass wir mehr Verantwortung für einander übernehmen müssen. In der Strategie sind viele wichtige Probleme benannt und Lösungswege beschrieben: Willkommensklassen und Sommerschulen, Gesundheitsberatung und Hilfen für Menschen, die um ihren Lohn geprellt werden.

Leider ist jedoch zu erwarten, dass die Umsetzung mager ausfallen wird. In die Erarbeitung der Strategie waren die Nichtregierungsorganisationen, die tagtäglich mit Roma arbeiten, nur sporadisch einbezogen. Aber

besonders die Romaorganisationen, die kompetent Beratungsarbeit leisten, Schulprojekte anbieten, sich um Konflikte kümmern und für die Rechte ihrer Klient_innen kämpfen, braucht der Senat, wenn er seine Ziele effektiv umsetzen will. Und das zentrale Problem der illegalen Vermietungen wird wieder nicht angegangen: Vermieter_innen, die Wohnungen an mehrere Familien oder per Schlafplatz vermieten, die Mieten bar und ohne Quittung kassieren, die ihre Mieter_innen von Securityleuten tyrannisieren lassen und sie aus den Wohnungen auf die Straße werfen, gibt es auch in Neukölln. Dem Senat fällt nicht mehr ein als Mieter_innenberatung – hier müssten rechtliche Schritte gegangen werden. Hilflös ist da die Ankündigung, eine Not-Unterkunft zu errichten. Auf diese Art zahlt die Allgemeinheit für die kriminellen Machenschaften dieser stadtbekanntesten Hausverwalter_innen, Familien verlieren ihr Hab und Gut, die Kinder müssen in neuen Schulen zurechtkommen, etc. Die Bezirke warten auf eine Initi-

ative des Senates.

Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

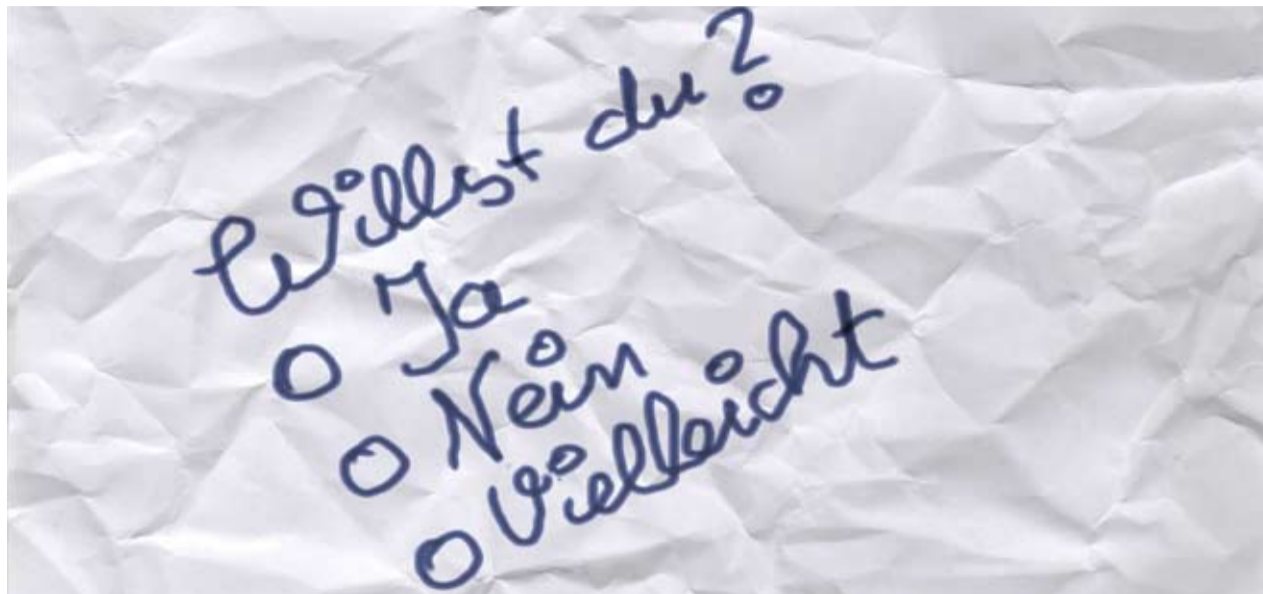
Das am 01. April 2012 in Kraft getretene Bundesgesetz ist in Berlin immer noch nicht umgesetzt. Sieben andere Bundesländer haben schon Gesetze für die Anerkennung der Abschlüsse, die landesrechtlich geregelt sind. Und obwohl bei Frau Kolat Integration und Arbeit in einer Verwaltung verbunden sind, tut sich absolut nichts. Pädagog_innen, Lehrer_innen, Ingenieur_innen etc. – Fachpersonal, das die Stadt braucht, wird weiter Gemüse verkaufen oder Taxi fahren. In Bremen werden sie seit gut einem Jahr anerkannt, gezielt weiterqualifiziert und auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

2011 wurden sowohl Anja Kofbinger (l.), als auch Susanna Kahlefeld (r.) direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt.

Foto: Jana Taube



Chancen bürgerlicher Beteiligung für Berlin und Neukölln



Schon Kinder stellen diese wichtige Frage. Bild: Kalle Erlacher

Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Doch grade außerhalb der Wahlen vermitteln Medien und Statistiken ein abnehmendes Interesse an Politik und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Im politischen Diskurs werden Zweifel laut, ob die Demokratie überhaupt in der Lage ist, globale Zukunftsfragen wie den Klimawandel zu gestalten. Aber es gibt auch eine starke Gegenbewegung und viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Initiativen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl und investieren selbst in erneuerbare Energien. Der Anspruch auf Beteiligung, auf gute

Information und Transparenz wächst in allen Lebensbereichen. Interesse und Motivation, Selbstbewusstsein wie auch die Überzeugung, selbst oder gemeinsam mit anderen etwas bewirken zu können, laufen jedoch ins Leere oder versiegen, wenn ihnen nicht ein aufgeschlossenes Umfeld mit einer Willkommensstruktur entgegen kommt. Die Basta-Politik der vergangenen Jahrzehnte ist ein Auslaufmodell.

Paradebeispiel Energietisch

Wichtige Versorgungsstrukturen wie die für Wasser und Energie gehören in die Hände der Bürgerinnen, auch Bauprojekte und wichtige Verträge dürfen nicht mehr hinter dem Rücken und zum Nachteil der Bürgerinnen ausgehandelt und beschlossen werden. Dies zeigt sich auch darin, dass das Volksbegehren für den kommunalen Betrieb des Stromnetzes in Berlin mit 271.496 gesammelten Unterschriften, von denen 227.748 als gültig anerkannt wurden, deutlich erfolgreicher war als erwartet. Eindrucksvoll haben die Berlinerinnen damit gezeigt, dass sie weg vom Atom- und Kohlekonzern Vattenfall und statt dessen die notwendige Energiewende mit einem öffentlichen Stadtwerk vorantreiben wollen. Dies zeigt: Bürgerinnen und Bürger können und wollen ihre persönliche Expertise in den politischen Entscheidungsprozess einbringen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht im Geringsten nachvollziehbar, dass die rot-schwarze Koalition, allen voran Innensenator Frank Henkel (CDU), sich nicht zu schade ist, auch das letzte fadenscheinige Argument zu bemühen, um eine Kopplung des Volksentscheidstermins mit der Bundestagswahl zu verhindern. Statt die Beteiligung der Bevölkerung zu fördern und zu erleichtern, wird bewusst auf Demobilisierung gesetzt und gehofft, dass der Volksentscheid am vorgeschriebenen Zustimmungsquorum von mindestens 25 % Ja-Stimmen scheitert. Die Koalition nimmt mit diesem separaten Abstimmungsgang auch erhebliche Mehrkosten zu Lasten des ohnehin klammen Berliner Haushalts in Kauf – allein in der Hoffnung, dass nur sechs Wochen nach der Bundestagswahl zu wenige Menschen schon wieder ins Wahllokal gehen. Der nun vom Senat beschlossene Termin am 03. November 2013 birgt das Risiko einer niedrigen Beteiligung

an der Abstimmung – einer der häufigsten Gründe für das Scheitern von Volksentscheiden. Statt sich einem demokratischen Wettbewerb um die besten Konzepte zu stellen, setzt die Große Koalition auf faule Tricks. Statt die Beteiligung der Bevölkerung zu fördern, setzt sie bewusst und gezielt auf Demobilisierung und hofft, dass der Entscheid am Quorum scheitert. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen!

Natürlich ist uns bewusst, dass es keinesfalls einfach sein wird, so kurz nach der Bundestagswahl mindestens 625.000 Wahlberechtigte an die Urne und für ein Ja zum Volksentscheid zu bewegen. Doch jede einzelne Stimme, die am 03. November für den Gesetzesentwurf des Berliner Energietisches abgegeben wird, bedeutet „Ja zur Berliner Energiewende“ und ist zugleich eine gelbe Karte für diesen Senat und seine Politik der Lähmung und der faulen Tricks. Bündnis 90/Die Grünen Berlin wollen die Chance für ein echtes Berliner Stadtwerk nutzen und auch wir Neuköllner Grünen werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass beim Volksentscheid so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich ihre Stimme abgeben.

Demokratie geht uns alle an – auch außerhalb von Wahlen

Denn Volksbegehren haben das Potential, die Politik in den Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Sie offenbaren blinde Flecken der Politik und sind das Sprachrohr für Alltagsprobleme. Dabei sei jedoch nochmals darauf hingewiesen, dass noch immer bei Wahlen, ebenso wie bei anderen demokratischen Beteiligungsformen, große Teile der Menschen ausgeschlossen werden – sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alters oder anderer Gründe. Politik geht jedoch alle an und sollte daher auch die Meinung aller hören und mit einbeziehen. Wer hier lebt, soll auch mitreden dürfen. Wir setzen uns daher für eine Änderung des Wahlrechts auf Landesebene ein. Beteiligung fördert die Identifikation mit der Gesellschaft und ein Gefühl des Eingebundenseins. Demokratie ist da am stärksten, wo Bürgerinnen Verantwortung übernehmen für sich, ihre Mitbürgerinnen und die Gesellschaft. Unser gemeinsames Ziel als Grüne ist es, dies zu ermöglichen.

Sofie Krotter, Annette Heppel

FÜR EINE STÄRKUNG DER VERBRAUCHER_INNENRECHTE

Wissen, was drin ist

„Wissen, was drin ist“ – das ist eines der wichtigsten Anliegen von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Bei der Regierung Merkel ging diese Erwartung leer aus. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wussten vier Jahre lang weder, was drin ist, noch bekamen sie, was drauf steht. Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag haben Union und FDP etwa noch vollmundig angekündigt, den Ökolandbau zu fördern, den Tierschutz auszuweiten und die Informationsrechte der Verbraucherinnen zu stärken. Nichts davon wurde in die Tat umgesetzt. Frau Aigner und Frau Merkel lächeln die Lebensmittelkandale – von Antibiotika-Doping in den Ställen bis zu Pferdefleisch in der Tiefkühltruhe – einfach weg und setzen weiter unbeirrt auf die Industrialisierung von Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion.

Lebensmittel sind Mittel zum Leben

Wir Grünen setzen hier ganz bewusst einen unserer Schwerpunkte: Im Wahlkampf geht es uns im wahrsten Sinne des Wortes um die Wurst! Unser Umgang mit Lebensmitteln, unsere Ernährungsweise und insbesondere der übermäßige Fleischkonsum geraten immer stärker in den Mittelpunkt politischer und ethischer Diskussionen. Und das zu Recht: Lebensmittel dürfen keine Billigprodukte sein, die Gesundheit und Wohlbefinden gefährden, durch Raubbau und ohne Respekt vor den Tieren hergestellt werden. Lebensmittel – das sagt schon das Wort – sollten Mittel zum Leben sein und erhalten, was uns erhält.

Lokales Handeln hat globale Folgen

Wir Grünen wollen neben der Energiewende auch eine Ernährungs- und Ernte beanspruch und das Klima schädigt. 2,5 Mio Hektar Ackerfläche dienen in Argentinien nur dem Futtermittelanbau für Deutschland.

In Monokultur wird Gensoja von Monsanto angebaut. Das Schädlingsbekämpfungsmittel Glyphosat, das dort nötig ist, verursacht Krebs und Missbildungen. Wir wollen aber nicht auf Kosten anderer leben und essen. Fleisch in Maßen statt in Massen, das ist deswegen unsere Devise. Das richtet sich ganz gezielt gegen die Agrarpolitik der Union. Denn die Ausweitung der Massentierhaltung hat viele Landwirte unter Druck gesetzt und manch ländliche Region zum Standort für Megaställe degradiert. Wir setzen dagegen ganz gezielt das Leitbild einer bäuerlich-nachhaltigen Landwirtschaft und wollen den Ökolandbau wieder umfassend fördern.

Drin ist bei uns Grünen vor allem auch die Stärkung des Verbraucherinnenrechts auf Information. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen, wie ihre Lebensmittel produziert wurden – nämlich möglichst nachhaltig, ohne Schadstoffe, ohne Gentechnik und Tierquälerei. Transparenz ist eine Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Deswegen wollen wir eine verbindliche und kontrollierte Kennzeichnung mit klaren gesetzlichen Vorgaben, die uns aus dem Dickicht der Label und verwirrenden Claims herausführt. In einer klaren Kennzeichnung liegt auch eine große Chance für Bäuerinnen und Bauern. Denn gerade regional und bio sind Qualitätsmerkmale, die auf eine immer größere Nachfrage treffen.

Rote Ampel für schwarze Schafe

Märkte brauchen Regeln. Aigner und Merkel haben dagegen die Dinge laufen lassen, um die Profitinteressen bestimmter Lobbys nicht zu gefährden. Das gilt für den Finanzsektor ebenso wie für die Lebensmittelbranche. Wir Grünen wollen etwa die Werbung für so genannte Kinderprodukte, die oft völlig überzuckert sind, einschränken und eine Nährwertampel einführen, die auf einen Blick verrät, von welchem Produkt ein Körper reichlich und wovon er eher weniger verträgt. Und wir wollen die rechtlichen Spielräume für Lebensmittelbehörden so ausweiten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher bei jedem Verstoß informiert werden. Denn eben darum geht: Wissen, was drin ist.

Renate Künast, Bundestagskandidatin und Fraktionsvorsitzende der jetzigen Bundestagsfraktion



Was landet auf meinem Tellerchen? Foto: Christian Hoffmann



Impressum:
Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

V.i.S.d.P.: Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe: Felix Banaszak, Jochen Biedermann, Mahi Christians-Roshanaï, Kalle Erlacher, Francisca Fackeldey, Annette Heppel, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Christian Kölling, Sofie Krotter, Renate Künast, Susanne Lippert-Gulich, Özcan Mutlu, Karin Nadrowski, Lisa Paus, Paula Riestler, Dario Sarmadi, Katrin Schmidberger, André Schulze, Julia Sonnenburg, Malte Spitz, Jana Taube, Gabriele Vonnekold, Stefan Ziller

Layout: Kalle Erlacher
kalle@kaerl.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die/der jeweilige Autor_in die Verantwortung.

Druck: Henke Pressedruck
Vorstandssprecher_innen: Francisca Fackeldey francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de
André Schulze andre.schulze@gruene-neukoelln.de

Internet: www.gruene-neukoelln.de

E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

ANJA KOFBINGER ÜBER ...

Lieblingsstellung? Gleichstellung!



Grunderwerbssteuer, Familienzuschlag, Erbschaftssteuer, Hinterbliebenenversorgung, Sukzessiv-Adoption und Ehegatt_innensplitting – nicht nur die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu diesen sechs Bereichen seit 2002 zeigen mehr als deutlich, dass die geltende Gesetzeslage gleichgeschlechtliche Paare klar benachteiligt. Sie ist mit dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nicht vereinbar und somit eindeutig verfassungswidrig. Zu diesem Schluss kam auch der Europäische Gerichtshof, der 2011 in einem Grundsatzurteil feststellte, dass diese Benachteiligung nicht mit EU-Recht vereinbar ist. Und das von vielen Gegner_innen einer echten Gleichstellung eingetragener Lebenspartner_innschaften immer wieder angeführte sogenannte Abstandsgebot zur Ehe existiert de facto überhaupt nicht. Dies stellten sowohl der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages als auch bereits zweimal das Bundesverfassungsgericht klar. Laut ersterem ist die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartner_innen mit Ehegatt_innen in sämtlichen Bereichen verfassungsrechtlich sogar geboten. Trotz all dieser eindeutigen juristischen Urteile und

Stellungnahmen muss Schwarz-Gelb leider weiterhin zum Jagen getragen werden.

Vor Einführung der eingetragenen Lebenspartner_innschaft 2001 waren gleichgeschlechtliche Paare mehr oder weniger rechtlos: Es gab kein gesetzliches Erbrecht, im Todesfall konnte die/der überlebende Partner_in aus der ehemals gemeinsamen Wohnung geworfen werden. Heute ist rechtliche Absicherung bei Krankheit, im Alter oder im Todesfall gewährleistet. Hier wurde durch das Lebenspartner_innschaftsgesetz (LPartG) schon viel erreicht. Dennoch ist gerade hier auch noch viel zu tun, denn noch immer ist die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht vollständig erreicht.

Es gibt noch immer viel zu tun

Noch gibt es bei vielen wichtigen Punkten Handlungsbedarf. In den vergangenen Jahren sind erschreckende Vorfälle von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender bekannt geworden. Dies macht einmal mehr deutlich, dass Homo- und Transphobie keinesfalls nur die Angelegenheit der Betroffenen sind, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das genau wie Rassismus oder Antisemitismus gemeinschaftlich auf breiter Basis angegangen werden muss.

Ein weiteres besonders drängendes Thema ist der gleichberechtigte Zugang zu Samenbanken und künstlicher Befruchtung für lesbische

oder unverheiratete Frauen. Bündnis 90/Die Grünen wollen außerdem die rechtliche Stärkung von sozialer Elternschaft erreichen. Hierbei können mehr als nur zwei leibliche – homo-, hetero-, bi-, trans- oder intersexuelle – Elternteile die Verantwortung für ein oder mehrere Kinder übernehmen. Dieses Familienmodell ist besonders wichtig für die große und wachsende Zahl der Regenbogen- und Patchworkfamilien und garantiert Kindern feste elterliche Bezugspersonen – unabhängig von der jeweiligen biologischen Verwandtschaft. Dass dies im Sinne der Kinder wäre, belegt auch eine vom Bundesjustizministerium geförderte Studie über die „Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“ aus dem Jahr 2009. Sie belegt klar, dass es für Entwicklung und Wohl von Kindern nicht wichtig ist, ob sie bei Alleinerziehenden, Vater und Mutter, zwei Müttern oder zwei Vätern aufwachsen. Kinder und Jugendliche in Regenbogenfamilien entwickeln sich demnach ebenso gut oder schlecht wie Gleichaltrige in anderen Familienformen. Wichtig sind nur Interesse, Liebe, Zugewandtheit und Stärke der Beziehung – zu welchem Geschlecht auch immer.

Schwarz + Rot = Stillstand. Mindestens.

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU in Berlin heißt es zwar, man wolle „die rechtliche Gleichstel-

lung von Lesben, Schwulen, Bi- und Intersexuellen und transsexuellen Menschen vorantreiben“. Tatsächlich hat sich die Berliner Große Koalition auf Drängen der CDU bei der Abstimmung zur Öffnung der Ehe im Bundesrat jedoch enthalten und auch die große Mehrheit der CDU-Politiker_innen auf Bundesebene spricht sich weiterhin gegen die Gleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Paaren aus. Doch nicht nur das: Einzelne führende CDU-Politiker_innen wie Parlamentspräsident Lammert und Fraktionschef Kauder drohen seit einiger Zeit mehr oder weniger indirekt, das LPartG wieder abzuschaffen. Für CDU und CSU sind überkommene Rollenbilder offenbar wichtiger als Menschenrechte und die Lebenswirklichkeit vieler Familien in der Bundesrepublik. Und sowohl FDP als auch SPD haben dies in Koalitionen mit der Union entgegen der eigenen offiziellen Programmatik immer wieder mitgetragen.

In Berlin erleben wir derzeit einen unangenehmen Vorgeschmack darauf, was eine rot-schwarze Koalition im Bund nach der Wahl im Herbst bedeuten würde – weiterer Stillstand für die Rechte und Interessen eines großen Teils der hier lebenden Menschen. Wir wollen eine Bundesregierung, die endlich aufhört, einen Teil ihrer eigenen Bevölkerung systematisch zu benachteiligen. Eine Garantie dafür gibt es nur mit starken Grünen in der Regierung.

Solide und Gerecht: Das Grüne Finanzkonzept

Staatsschulden aus der Finanzkrise abtragen...

Die Finanzkrise hat deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Statt der eigentlich europaweit erlaubten 60 Prozent liegen damit auch in Deutschland die Schulden bei über 80 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die Folge: Der Bund zahlt jährlich 33 Milliarden Euro – das sind elf Prozent seines Haushaltes – allein für Zinsen!

Wir stellen die einfache Frage: Wer soll das bezahlen? Alle Steuerzahler_innen? Ausgerechnet die Schwächsten, indem wir Sozialleistungen kürzen? Oder will man die Schuldenlast künftigen Generationen aufbürden?

...mit der Vermögensabgabe.

Wir sind überzeugt, dass es gerecht ist, wenn diejenigen die Lasten tragen, die vom staatlichen Schutz der Vermögen während der Finanzkrise besonders profitiert haben. Das sind Banken, Konzerne und Vermögende, deren Geld durch die staatlichen Rettungspakete geschützt wurde. Als einzige Partei gehen wir Grünen mit einem sauber durchgerechneten und sozial ausgewogenen Vorschlag zum Schuldenabbau in die Bundestagswahl: Wir wollen eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung der Krisenkosten erheben.

Wir reagieren damit auf die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich: Wer sich mit offenen Augen durch unsere Stadt bewegt, sieht dass wir die Kluft verringern müssen. Berlin ist die Hauptstadt

der Kinderarmut. Ein Drittel der Deutschen besitzt kein Vermögen oder hat nur Schulden. Die andere Seite der Medaille: Die vermögendsten 70.000 Deutschen besitzen unfassbare 1.600 Milliarden Euro. Durch die Vermögensabgabe wird kein_e Millionär_in arm. Hohe Freibeträge stellen sicher, dass nur die obersten 0,4 Prozent der Deutschen dieser Abgabe unterliegen. Die erste Million bleibt in jedem Fall abgabenfrei. Wer Betriebsvermögen besitzt, zahlt die Abgabe nur auf den Teil des Vermögens, der fünf Millionen Euro übersteigt.

Für Investitionen in Chancengleichheit und den ökologischen Umbau...

Bereits heute hat der Staat kaum Spielraum für Zukunftsinvestitionen – in Berlin ist das besonders spürbar: Der Geldmangel stinkt aus Schul toilets, die Unterausstattung der Bezirke nervt, wenn die Sprechzeiten völlig ausgedünnt sind und niemand erreichbar ist. 700 Millionen Euro mehr pro Jahr bekommt Berlin zusätzlich durch die Grünen Steuerpläne. Geld, das die Stadt braucht und das Arbeit bringt: Zum Beispiel für den Bau von Fahrradwegen, Investitionen in gute Krankenhäuser und für eine soziale Wohnungspolitik.

... und zwar gerecht gegenfinanziert:

Mehr als die Hälfte der von uns geplanten Haushaltsspielräume schaffen wir durch Ausgabenkürzungen und den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Konkret heißt das: Wir streichen das Dienstwagenprivileg, schaffen

das Betreuungsgeld ab und nehmen die Mehrwertsteuerermäßigung für Hoteliers zurück. Wir finden: Wer mehr verdient, kann auch mehr zum Gemeinwesen beitragen. Aber das Gegenteil ist heute der Fall. Das wollen wir korrigieren: Wir erhöhen den Spitzensteuersatz und schaffen die Privilegierung von Kapitaleinkommen ab und besteu-

ern diese wie normalen Arbeitslohn. Durch die Erhöhung des Grundfreibetrags senken wir die Steuern für alle Haushalte mit einem Jahresbruttoeinkommen unter 60.000 Euro.

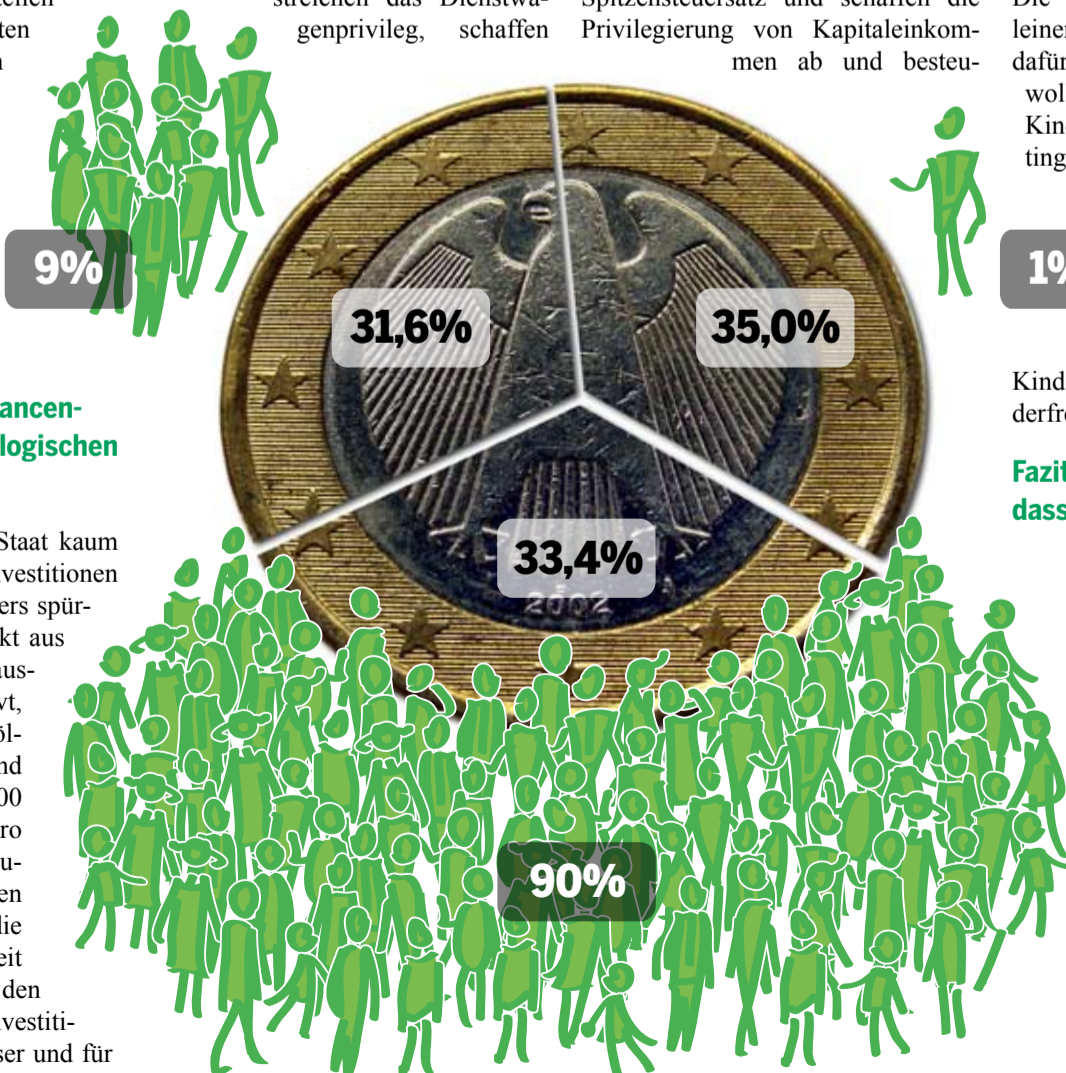
Das Ehegatt_innensplitting subventioniert vor allem ein Modell: Die Alleinvertieher_innenehe. Alleinerziehende haben nichts davon, dafür aber Ehepaare ohne Kind. Wir wollen Familien dort fördern, wo Kinder sind und wollen das Splitting deshalb abschmelzen. Mit den freiwerdenden Mitteln schaffen wir eine Kindergrundsicherung. So können wir den ungerechten Wirrwarr aus Kinderregelsätzen, Kinderzuschlag, Kindergeld und Kinderfreibeträgen endlich beenden!

Fazit: Wir versprechen nicht, dass alles so bleibt wie es ist.

Mehr Gerechtigkeit, ein Bildungsaufbruch und der ökologische Umbau können nur mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Dazu braucht es eine solide und solidarische Finanzierung. Unser Finanzkonzept ist darauf die ehrliche Antwort.

Das Steuerkonzept der Grünen mit Rechenbeispielen gibt es unter <http://gruenlink.de/ix5>.

Lisa Paus, Bundestagskandidatin und Obfrau im Finanzausschuss des Bundestags



Grafik: Kalle Erlacher

DIE ENTWICKLUNG DER NEUEINSCHULUNGEN STELLT NEUKÖLLN VOR GROESSE PROBLEME

Kurze Beine, lange Wege

Im Frühsommer erhielten etliche Eltern, die ihr Kind für das kommende Schuljahr am Europazweig der Regenbogen-Grundschule anmelden wollten, ein Schreiben: „Leider können wir Ihren Wunsch nicht berücksichtigen.“ Die Eltern wollten das nicht akzeptieren und setzten sich mit der Schulleitung beim Bezirksamt für die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse ein – mit Erfolg. Allerdings nur für dieses Schuljahr, für eine dauerhafte zweite Klasse fehlt an der Regenbogenschule der Platz.

Damit steht die Regenbogenschule nicht alleine da. Zwar konnten im gerade begonnenen Schuljahr deutlich über 90 % der Elternwünsche erfüllt werden. Doch die Schulplätze werden vor allem im Norden des Bezirkes und in Britz knapp. Die dortigen Schulen sind mit ihren Kapazitäten schon jetzt am Anschlag. Im Süden des Bezirkes gibt es dagegen durchaus noch Schulen, die nicht ausgelastet sind, aber durch die laufenden Kosten der Bereitstellung ihrer Schulplätze den Bezirkshaushalt belasten. Aber gerade Grundschüler_innen brauchen Schulen, die in ihrer Umgebung sind und

die sie gut erreichen können. „Kurze Beine, kurze Wege“ nennt das Neuköllns Schulstadträtin Dr. Franziska Giffey (SPD) bei anderen Gelegenheiten gerne. Wie sie die steigenden Schüler_innenzahlen mit diesem Motto in Einklang bringen will, sagt sie nicht.

Problem in ganz Berlin

Mit diesem Problem steht Neukölln nicht allein da. In ganz Berlin rechnet der Senat mit deutlich steigenden Schüler_innenzahlen in den nächsten Jahren. Um über 15.000 soll die Zahl der Grundschüler_innen allein in den nächsten vier Jahren steigen. Für Neukölln rechnet der Berliner Senat im gleichen Zeitraum mit einem Anstieg um mehr als 1.000 Schüler_innen. Um diese aufzunehmen, bräuchte es etwa 40 zusätzliche Klassen.

Für Neubauplanungen ist es zu spät

Wirkliche Schulneubauten sind in dieser Zeit nicht zu bewerkstelligen. Selbst bei den schon seit Jahren ge-

planten neuen Oberschulbauten für die Clay- und die Leonordo-da-Vinci-Schule geht es nur schleppend voran. Mit dem Baubeginn für die Clayschule ist frühestens 2016 zu rechnen, weitere Verzögerungen sind ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Aber auch Neubauten und selbst notdürftige Provisorien wie Container sind nicht von heute auf morgen umzusetzen. Zumal gerade der Norden so dicht bebaut ist, dass für viele Schulen dort eine Erweiterung de facto ausgeschlossen ist.

Neukölln tut zu wenig

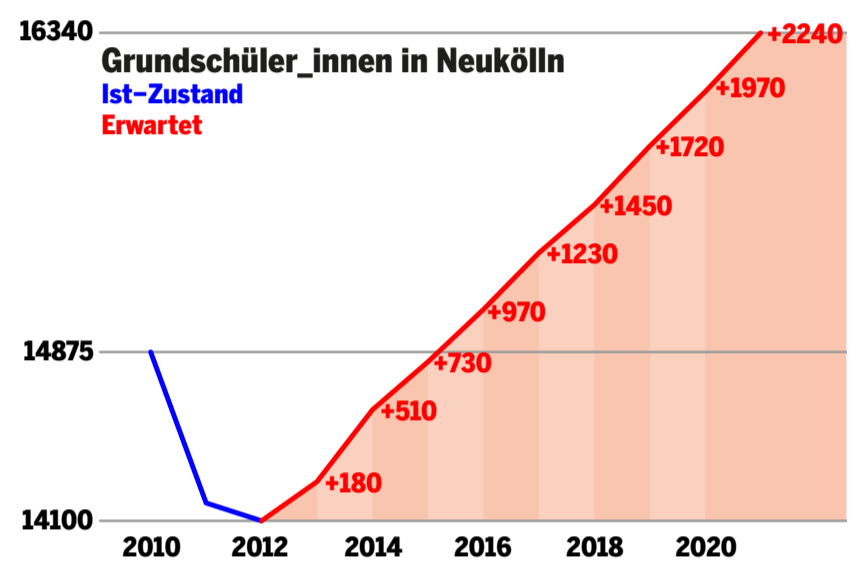
Auf eine Anfrage der Grünen BVV-Fraktion benannte Schulstadträtin Giffey Erweiterungsbauten an der Hermann-Sander-Schule im Mariendorfer Weg und die Planungen für einen Schulneubau auf dem Tempelhofer Feld. Wann und ob der kommt, ist – auch angesichts des laufenden Volksbegehrens „100 % Tempelhofer Feld“ – völlig offen.

Darüber hinaus räumte sie zwar ein, dass der Anstieg „selbstverständlich weitere Maßnahmen erforderlich mache“, diese könnten „allerdings

noch nicht konkret benannt werden“. Dabei läuft Neukölln die Zeit davon: Schon im nächsten Jahr werden 330 Schüler_innen mehr eingeschult werden, als die Grundschulen verlassen. Wo die untergebracht werden sollen, bleibt einstweilen das Geheimnis des Bezirksamtes. Der Antrag der Grünen, sich beim Senat für die notwendigen Gelder für die Infrastruktur ein-

zusetzen, wurde im Schulausschuss mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Neukölln sei gut aufgestellt. Dieser Auffassung dürften sich die Eltern, deren Kinder nächstes Jahr eingeschult werden, wohl kaum anschließen.

Jochen Biedermann und Mahi Christians-Roshanai



Grafik: Karin Nadrowski, Quelle: Senatsverwaltung Bildung, Jugend, Wissenschaft Berlin, 2013

WAS DER BEZIRKSHAUSHALT BEWIRKEN KANN

Das liebe Geld

500 Seiten stark, ausgedrucktes Gewicht 1,5 Kilogramm, ein finanzielles Volumen von insgesamt 1,5 Milliarden Euro: Seit Mitte August liegt der Entwurf für den Neuköllner Doppelhaushalt 2014/2015 vor.

Was auf den ersten Blick nach großem finanziellen Handlungsspielraum aussieht, schrumpft bei näherer Betrachtung drastisch zusammen. Der weitaus größte Teil besteht aus staatlichen Pflichtaufgaben und Kosten für Personal und Gebäude, die kaum veränderbar sind. So finden sich viele Transferausgaben – etwa ALG II, Wohngeld oder Kindertagesbetreuung – im Bezirkshaushalt. Diese Ausgaben sind gesetzlich vorgeschrieben, Neukölln hat darauf keinen Einfluss.

Die richtigen Schwerpunkte setzen

Die Möglichkeit, auf Bezirksebene politische Schwerpunkte zu setzen, beschränkt sich dagegen auf wenige Millionen Euro. Bei der Ausgestaltung bleibt der Haushalt aber nebulös. Als Schwerpunkte sind zusätzliche Mittel für den Hochbau und die Instandhaltung von Grünanlagen vorgesehen. Außerdem erhalten die einzelnen Ämter einen Anteil am Überschuss von 2012. Zunächst als Lichtblick erscheint die Ankündigung, die Instandsetzung von Radwegen zum Schwerpunkt zu machen. Tatsächlich wird jedoch der Umbau der Karl-Marx-Straße, der endlich einen durchgehenden Radstreifen auf der Hauptverkehrsstraße schaffen würde, erneut verschoben. Die katastrophale Lage für Radfahrer_innen auf Her-

mannstraße und Sonnenallee wird gar nicht erst angegangen.

Wir fordern, die wenigen Mittel, über die der Bezirk frei verfügen kann, auf die wichtigsten Probleme im Bezirk zu konzentrieren. Dazu gehören:

- Mittel für die Überwachung von Wohnungsmisbrauch und die Einrichtung von Milieuschutzgebieten, um zum Mieter_innenschutz beizutragen, soweit der Bezirk das kann.
- Die Einrichtung von Radstreifen auf allen wichtigen Hauptverkehrsstraßen, zunächst auf der Hermannstraße und der Karl-Marx-Straße.
- Die Einrichtung von Familienzentren, um Familien möglichst früh zu unterstützen und so der Entwicklung sozialer Probleme vorzubeugen.

Personalsituation in Neukölln ist dramatisch

Daneben müsste eigentlich ein Schwerpunkt auf neuem Personal liegen. Hier blockiert aber der Senat. Dabei hat Neukölln schon heute weniger Personal als alle anderen Berliner Bezirke: Auf 10.000 Einwohner_innen kommen gerade 44 Vollzeitstellen im Bezirksamt. Der Berliner Durchschnitt liegt satte 25 % darüber. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg, der nach Neukölln die schlechteste Personalausstattung hat, beschäftigt bei ähnlicher Einwohner_innenzahl über 100 Mitarbeiter_innen mehr. Die beiden Bezirke sind die einzigen, die in den kommenden

nächsten Jahren kein weiteres Personal mehr einsparen müssen. Doch auch neues Personal darf Neukölln nicht einstellen, obwohl das dringend nötig wäre.

Rot-Schwarz unternimmt nichts gegen den Personalnotstand

Doch aus SPD und CDU ist kein Protest gegen die ungerechte Ausstattung zu vernehmen. Neuköllns sonst so wortgewaltiger Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) nutzt etwa seine regelmäßige Kolumne in der BILD-Zeitung lieber, um über die angeblich kriminalitätsfördernde Wirkung der doppelten Staatsbürgerschaft zu schwadronieren, als wegen der katastrophalen Personalsituation Neuköllns Alarm zu schlagen. Was nur konsequent ist: Schließlich hat er als Berlins dienstältestes Bezirksamtsmitglied zu der Misere selbst kräftig mit beigetragen. Auch Vize-Bürgermeister Falko Liecke (CDU) hält den Drops „erst mal [für] gelutscht, was die Zielzahl angeht.“

Haushalt unter Vorbehalt: Die BVV entmachtet sich selbst

Jenseits des Personals spekuliert der Haushaltsentwurf darauf, dass die Mittel für die Bezirke vom Abgeordnetenhaus noch aufgestockt werden. So ist für 2014 eine „pauschale Mehreinnahme“ von 3,8 Millionen und für 2015 sogar von fast 10 Millionen Euro eingestellt. Dies bedeutet eine Finanzierungslücke in gleicher Höhe, sollte das Landesparlament die vom Bezirk erwarteten zusätzlichen Mittel nicht beschließen. Daher stehen fast alle Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt. Für den Fall, dass die Mittel nicht kommen oder sich andere Änderungen ergeben, sichert sich

Wie kann ich beim Haushalt mitreden?

Auch wenn wir die Bürger_innenbeteiligung am Haushalt für unbefriedigend halten, ermutigen wir doch alle Neuköllner_innen, sich im Rahmen der Beratungen für ihre Interessen einzusetzen. Lassen Sie sich dabei nicht einschüchtern, bloß nur weil Sie nicht verstehen, welche Posten untereinander austauschbar sind oder was den T- vom Z-Teil unterscheidet. Einige wichtige Fragen zum Haushalt beantworten wir hier:

Wo finde ich Informationen zum Haushalt?

Den Entwurf finden Sie im Internet unter gruenlink.de/lwz. Dort finden Sie auch einen Leitfaden zum „Bürger_innenhaushalt“, der über die Grundlagen des Berliner Haushaltswesens informiert. Fragen an das Bezirksamt können Sie telefonisch unter 90 239 - 3314 bzw. - 4108 oder per E-Mail an haushalt@bezirksamt-neukoelln.de stellen. Auch an die Grüne Fraktion können Sie gerne Ihre Fragen richten, am Besten per E-Mail unter haushalt@gruene-neukoelln.de. Bitte haben Sie Verständnis, wenn wir zur Beantwortung manchmal einige Tage

benötigen – die Arbeit in der BVV ist nur ein Ehrenamt.

Wie kann ich mich beteiligen?

Im September finden zahlreiche Sitzungen der Fachausschüsse statt, in denen die jeweiligen Teile des Bezirkshaushaltes beraten werden. So tagt etwa am 09. September der Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung und am 10. September die Ausschüsse für Stadtentwicklung und für Natur- und Grünflächen. Die Ausschusstermine finden Sie auch im Internet unter www.berlin.de/ba-neukoelln/bvv.

Wann wird der Haushalt beschlossen?

Am 18. September soll der Haushalt von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen werden. Diese tagt ab 17 Uhr, wegen der Bauarbeiten im Rathaus Neukölln voraussichtlich im Rathaus Treptow. Auch diese Sitzung ist öffentlich, Besucher_innen müssen sich nicht mehr wie früher anmelden und Tribünenkarten reservieren, sondern können einfach spontan teilnehmen.

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„... immer wieder neu, immer wieder anders.“
Silvia, 27 Jahre

das Bezirksamt mit dem Haushaltsentwurf gleich die vollständige Entscheidungsfreiheit zu. Beschließt die BVV den Haushaltsplan wie vorgelegt, entmachtet sie sich damit für die kommenden zwei Jahre selbst. Dabei gehört das Haushaltsrecht zu einer der wenigen echten Kompetenzen der Bezirksvertretung.

Bürger_innenbeteiligung ist eine Alibi-Veranstaltung

Auch wenn das Bezirksamt die Bürger_innenbeteiligung beim Haushalt vollmundig als „Bürger_in-

nenhaushalt“ bezeichnet, so hat das praktizierte Verfahren doch nichts mit echter Partizipation der Bevölkerung zu tun. Zwar haben Bürger_innen die Möglichkeit, an den – ohnehin öffentlichen – Sitzungen der Fachausschüsse teilzunehmen und sich dort auch zu Wort zu melden. Gleichzeitig wird von ihnen verlangt, dass sie ihre Vorschläge mit einer konkreten Gegenfinanzierung unterlegen. Welche Posten im Haushalt aber überhaupt übertragen werden können, damit ist selbst eine Mehrheit der Bezirksverordneten überfordert.

Jochen Biedermann

Wen wählt meine Zweits



Stefan Ziller

Jedes Kind ist gleich viel wert. Das sollte es zumindest, doch in unserem reichen Land leben immer noch über zwei Millionen Kinder in Armut. Nach wie vor werden diese Kinder viel zu schlecht unterstützt und geraten häufig in einen Teufelskreis aus ungenügender Ausbildung, Arbeitslosigkeit, MiniJobs mit Niedriglöhnen und der Abhängigkeit von Transferleistungen. Wo bleibt da eine Chance, sich ein erfülltes Leben mit gleichberechtigter und selbst bestimmter Teilhabe an der Gesellschaft aufzubauen? Dies zu ändern ist eines der wichtigsten Ziele für Stefan Ziller. Er sieht die größte Herausforderung der kommenden Legislaturperiode darin, die wachsende Schere zwischen Arm und Reich wieder zu reduzieren und der zunehmenden Kinder- und Altersarmut entgegenzuwirken. Daher setzt er sich auch mit Leidenschaft für eine Kindergrundsicherung ein, die allen Kindern faire Chancen ermöglicht. Dafür möchte er z.B. auch die Aus- und Weiterbildung von mehr Erzieher_innen unterstützen.

Seit Beginn seines Engagements bei uns hat Stefan an vielen Grünen Konzepten zur Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme wie Garantierente, Bürger_innenversicherung, Mindestlohn, Stärkung sozialer Bürger_innenrechte oder Erhöhung des Kinderregelsatzes im ALG II mitgearbeitet. Der diplomierte Informatiker war von 2006 bis 2011 Mitglied der Grünen Abgeordnetenhausfraktion und arbeitete dort u.a. zu den Themen Naturschutz und soziale Grundversicherung. Als Mitglied im Petitionsausschuss war Stefan direkter Ansprechpartner für die Sorgen von Menschen, die in unserer Gesellschaft leider häufig an den Rand gedrängt werden, und setzte sich für deren Interessen ein.

Stefan ist zutiefst davon überzeugt, dass wir mehr brauchen als kleinteilige und kurzfristig realisierbare Konzepte. Die Krise in Europa und die immer ungleichere Vermögensverteilung verlangen neue Antworten und eine Weiterentwicklung unseres Sozialstaates, um das in den letzten Jahren verloren gegangene Vertrauen in unsere sozialen Sicherungssysteme wieder zu stärken. Dazu gehört für ihn auch die Weiterentwicklung unserer Demokratie, beispielsweise durch bundesweite Volksentscheide, den Ausbau von Enquete-Kommissionen und einen Europäischen Konvent unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Denn erfolgreiche Politik wird nicht über die Köpfe der Bürger_innen hinweg gemacht, sondern immer mit ihnen gemeinsam.

Weitere Informationen zu Stefan Ziller, seiner politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie unter www.stefan-ziller.de.



Paula Riester

Es brauchte erst die Flüchtlingskarawane quer durch die Republik und Hungerstreiks, das Flüchtlingscamp zunächst am Brandenburger Tor und später am Oranienplatz, um dem Leid dieser Menschen einen Platz in der medialen Berichterstattung und im Bewusstsein der Mehrheit einzuräumen. Paula Riester hingegen kennt viele der persönlichen Schicksale bereits aus ihrer langjährigen Arbeit in der Asyl- und Aufenthaltsrechtsberatung: Flucht vor Verfolgung aus ethnischen, religiösen oder politischen Gründen, vor Perspektivlosigkeit oder schlicht aus Hunger, die oft gefährliche Reise in ein sicher geglaubtes Land und dann Asylverfahren im Schnelldurchlauf, Kettenduldungen, regelrechte Schikanen durch das Asylbewerberleistungsgesetz. Für die Juristin war die einzig richtige Schlussfolgerung daraus: Wir brauchen endlich eine humane Flüchtlingspolitik und dafür müssen diese Gesetze geändert werden. Denn Menschen und insbesondere Kinder in ständiger Angst vor Abschiebung und Ausweisung leben zu lassen, ist schlicht unmenschlich.

Als gebürtige Berlinerin und langjährige Bezirkspolitikerin ist Paula stark in der Stadt verwurzelt. Seit 2008 ist sie Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg, 2011 wurde sie Sprecherin der Grünen Fraktion. Neben der Asyl- und Integrationspolitik befasst sie sich auch mit internationalen, umwelt- und frauenpolitischen Fragen. Und immer wieder wird sie bei ihrer politischen Arbeit konfrontiert mit den drängenden Problemen vor Ort wie Verdrängungsängsten durch steigende Mieten, das schlechte Schulesystem oder fehlende Kitaplätze. Paula will dafür kämpfen, dass Berlin auch eine starke Vertretung im Bundestag hat, die weiß, was wirklich gebraucht wird. Und das sind Investitionen in Bildung, Demokratie, soziale Stadtentwicklung und den ökologischen Umbau, anstatt Millionen von Fördergeldern nur in Beton zu gießen. Und gerade die unterfinanzierten Bezirke dürfen dabei nicht zu kurz kommen.

In Bereich der Innen- und Rechtspolitik ist Paula insbesondere der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein wichtiges Anliegen. Sie steht dabei für eine besonnene und den Bürger_innenrechten verpflichtete Politik, die sich auf die tatsächliche Gefahr für unsere Demokratie konzentriert, anstatt einfach ziellos überall herumzuschneffeln. Sie will dafür gezielt Vereine und Initiativen gegen Rechts fördern, die sich mit Zivilcourage vor Ort für eine tolerante, offene und für alle lebenswerte Gesellschaft einsetzen.

Weitere Informationen zu Paula Riester, ihrer politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie unter www.paula-riester.de.



Andreas Otto

Seit einiger Zeit rückt die Frage der massiven Mietsteigerungen und was dagegen getan werden kann immer mehr auch in den Mittelpunkt der politischen Debatte – nicht nur in Berlin, sondern bundesweit. Für Andreas Otto hingegen ist dieses Thema seit langem nur allzu vertraut. Mit seiner Erfahrung als langjähriger Bau- und Wohnungspolitiker aus der Hauptstadt der Mieter_innen will er im Bundestag für ein sozialeres Mietrecht streiten und die Rahmenbedingungen für die Ertüchtigung des Wohnungsbestandes verbessern. Denn die wichtigsten Weichen in diesem Bereich werden auf Bundesebene gestellt und hier kann am effektivsten gegen-gesteuert werden.

Die Systemtransformation hat Andreas als DDR-Bürger aktiv miterlebt und sich direkt nach der Wende in der Berliner Kommunalpolitik engagiert. Nach drei Legislaturperioden in der BVV Prenzlauer Berg bzw. Pankow errang der gelernte Elektriker und Informatiker 2006 in seinem Pankower Wahlkreis erstmals das Direktmandat für das Abgeordnetenhaus und arbeitet seitdem auch hier zu seinen thematischen Schwerpunkten Bau- und Wohnungspolitik, Verkehr, Haushalt sowie seit dessen Einberufung im BER-Untersuchungsausschuss. Denn neben der Wohnungspolitik ist ihm auch der verantwortliche Umgang mit Steuergeldern ein sehr wichtiges Anliegen und er setzt sich dafür ein, dass Großprojekte besser vorbereitet und die Kosten realistisch geplant werden. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrung aus drei Jahren Haushaltsausschuss im Abgeordnetenhaus möchte er dafür kämpfen, dass auch der Bund seine Bauprojekte besser organisiert und die knappen Steuermittel für sinnvolle Dinge ausgibt. Klimaschutz, Städtebauförderung und Mobilität auf der Schiene sind ihm wichtiger als eine neue Autobahn mitten durch Berlin.

Andreas will sich vor allem dafür einsetzen, dass Mietsteigerungen begrenzt werden. Das gilt insbesondere für den Abschluss neuer Verträge und für die Miethöhe nach Modernisierung. Dabei müssen Modernisierungsumlagen auf gesellschaftlich notwendigen Bedarf, also Klimaschutz und Barrierefreiheit, beschränkt werden. Ein Klimawohn-geld soll helfen, wenn bei finanzschwachen Haushalten die Wohnkosten trotzdem zu hoch steigen. Denn niemand sollte wegen steigender Mieten aus der eigenen Wohnung und der vertrauten Umgebung vertrieben werden.

Weitere Informationen zu Andreas Otto, seiner politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie unter www.otto-direkt.de.

Texte: Annette Heppel

Fotos: Andreas Otto: Rainer Kurzeder, Lisa Paus: Hannes Berghoff, Özcan Mutlu: Privat, Paula Riester: Christian Honnens, Renate Künast: Laurence Chaperon, Stefan Ziller: Eva Molau

stimme?



Lisa Paus

Finanzpolitik hat den Ruf, trocken und dröge zu sein: Finanztransaktionssteuer, Steuergerechtigkeit, Schuldenabbau – schwierige Themen, bei denen es keine einfachen Antworten gibt. Umso besser, dass wir mit einer kompetenten Fachfrau aufwarten können, die sich auch hier leidenschaftlich für unsere Grünen Grundsätze von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Sinne der kommenden Generationen einsetzt. Als ausgewiesene Finanzexpertin weiß Lisa Paus: Steuern steuern – auch den Umwelt- und Energieverbrauch. Daher setzt sie sich ein für eine ökologische Finanzreform, denn die Energiewende kann nur gelingen, wenn auch die Sanierungsquote bei Altbauten zügig gesteigert wird. Gerade Berliner Mieter_innen sind direkt betroffen, führen doch schlecht gedämmte Wohnungen bei steigenden Energiepreisen langfristig zu immer höheren Heizkosten. Überzeugte Europäerin, die sie ist, wird Lisa auch nicht müde, für einen europäischen Weg aus der Krise zu werben, und sie stellt sich entschieden gegen den schwarz-gelben neoliberalen Weg des nationalen Wettbewerbs, unter dem langfristig wir alle leiden werden. Auch in Zukunft wird sie für diese Richtungsentscheidung in Europa und einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland kämpfen.

Mitte der 1990er kam Lisa zum Studium der Volkswirtschaft nach Berlin und ist geblieben. Seit dieser Zeit engagiert sie sich auch im Grünen Landes- und Bundesverband auf vielen Ebenen und zog 1999 ins Berliner Abgeordnetenhaus ein. Hier arbeitete sie vor allem zu Wissenschafts-, Europa- und Finanzpolitik. 2009 zog sie in den Bundestag ein und ist dort seitdem Mitglied im Finanz- und im Ausschuss für Angelegenheiten der EU. In dieser Zeit hatte Lisa als Finanzfachfrau viel zu tun: Euro- und Schuldenkrise, Energiewende und soziale Gerechtigkeit waren die zentralen Themen, in denen ihre Expertise immer wieder unverzichtbar war.

Lisa liebt die Vielfalt Berlins und sieht die soziale Mischung in den Kiezen durch die aktuellen massiven Mietsteigerungen stark gefährdet. Deshalb steht die Mietpreisbremse für sie ganz oben auf der Agenda – vor allem auch für Familien mit Kindern. Kinderförderung steht auch bei ihrer Steuerpolitik im Mittelpunkt: sei es die Kindergrundsicherung oder die Mittelbeschaffung für den Kita-Ausbau. Denn Kinder sind unsere Zukunft, die wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen.

Weitere Informationen zu Lisa Paus, ihrer politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie unter www.lisa-paus.de.



Özcan Mutlu

Für Özcan Mutlu bilden die Grünen Grundwerte Ökologie, Selbstbestimmung, Demokratie und soziale Gerechtigkeit das Gerüst für politische Veränderung. Er möchte, dass wir alle in einer Gesellschaft leben können, in der ein würdevolles Leben für jede_n möglich ist, ohne dass jemand ausgeschlossen oder zurückgelassen wird – und zwar von jung bis alt. Für ihn bedeutet soziale Gerechtigkeit, dass gesellschaftliche Teilhabe und soziale Grundrechte für alle ermöglicht und Chancen gerecht verteilt werden. Er tritt für eine inklusive Gesellschaft ein, in der jeder Mensch seinen Platz hat, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Hautfarbe und ob sie oder er ein Mensch mit oder ohne Behinderung ist.

Seit 1973 ist Özcan begeisterter Berliner, hier machte er seine Ausbildung zum Informationselektroniker und absolvierte ein Studium als Ingenieur der Nachrichtentechnik. Nach sieben Jahren Kommunalpolitik in der Kreuzberger BVV zog er 1999 mit einem Direktmandat ins Abgeordnetenhaus ein und setzt sich seitdem als bildungspolitischer Sprecher unserer Fraktion für eine bessere und gerechtere Bildungspolitik in Berlin ein. Als Bildungspolitiker mit mehr als zwei Jahrzehnten Erfahrung liegt ihm dieses Thema besonders am Herzen und er orientiert sich dabei an einer über zweitausend Jahre alten Weisheit von Konfuzius: „Bildung soll allen zugänglich sein. Man darf keine Standesunterschiede machen.“

Für Özcan gilt: jedes Kind kann und muss gleiche Startchancen bekommen. Dabei sieht er in Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit auch ganz entscheidende Stellschrauben für eine gelingende Integration. Denn Bildung ist viel mehr als Lesen, Schreiben, Rechnen. Sie bedeutet Alltagsfähigkeit, Selbstbestimmung und persönliche Freiheit, sie hilft, sich in schwierigen Lebenssituationen und Konflikten besser zurecht zu finden. Und sie ist auch ein entscheidender Hebel gegen Vorurteile, Diskriminierung oder Intoleranz. Bildung ist demnach nicht nur eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. Als Gastarbeiterkind weiß Özcan aus eigener Erfahrung: Bildungspolitik ist auch Integrationspolitik. Er will für Investitionen in Kitas und Schulen und gegen die Jugendarbeitslosigkeit kämpfen. Immer getreu seinem Motto: Bildung darf keine Frage des Glücks sein!

Weitere Informationen zu Özcan Mutlu, seiner politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie unter www.mutlu.de.



Renate Künast

Unsere Spitzenkandidatin folgt in ihrem Handeln der Maxime: „Gute Politik muss dazu beitragen, unseren Kindern und Kindeskindern eine bessere Welt zu hinterlassen.“ Dafür möchte sie in der kommenden Legislaturperiode im Bundestag arbeiten – nicht nur, aber auch für Berlin. Renate Künasts Ziel ist eine Gesellschaft, an der alle teilhaben und sich einmischen können, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung und Identität, mit einer Regierung, die Teilhabe und Mitentscheiden für alle Menschen möglich macht und anstelle von Stillstand und rückwärtsgewandter Klientelpolitik den ökologischen Umbau vorantreibt.

Seit Jahrzehnten ist Berlin Renates Heimat, sie hat hier als Sozialarbeiterin in der JVA Tegel gearbeitet und später an der FU Berlin Jura studiert. Ihre Spezialgebiete waren die Gebiete Ausländer_innenrecht, Strafrecht und Bürger_innenrechte und sie setzte sich als Rechtsanwältin für die Belange sozial Benachteiligter ein. Als Fraktionsvorsitzende hat sie auf Bundesebene für die Energiewende und gegen Atomkraft, für den Kita-Ausbau und gegen das Betreuungsgeld, für gesunde Lebensmittel und gegen Gentechnik sowie für starke Verbraucher_innenrechte gekämpft. Welchen Stellenwert die Themen Verbraucher_innenrechte und Agrarpolitik für sie haben, zeigte sich deutlich während ihrer Zeit als Bundesministerin: Erst auf ihre Initiative hin wurde Verbraucherschutz ein eigener Arbeitsbereich im Ministerium, das fortan „Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft“ hieß. Auch die Agrarwende hin zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft sowie der Stärkung des Tierschutzes geht auf ihr Konto.

Renate möchte im Bundestag vor allem ihre Herzensthemen weiter vorantreiben. Dazu gehört für gutes und gesundes Schulesorgen und für faire Mieten statt Verdrängung. Ihr ist wichtig zu wissen, was drin ist – egal ob es um Lebensmittel, Kleidung oder Lebensversicherungen geht. Frauen müssen gleiche Karrierechancen und faire Entlohnung erhalten und gleichgeschlechtliche Paare endlich gleichgestellt werden. Der Optionszwang bei der Staatsangehörigkeit muss abgeschafft und Bürger_innen bei wichtigen Infrastrukturprojekten von Beginn an beteiligt werden.

Weitere Informationen zu Renate Künast, ihrer politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie unter www.renatekuenast.de.

Außerdem sind auf der Landesliste:

Platz 7: Nina Stahr - Ihre Schwerpunktthemen sind die Stärkung der Bürger_innenbeteiligung, direkte Demokratie, Jugend- und Familienpolitik, sowie Schulpolitik. www.ninastahr.de

Platz 8: Michael Schäfer - Seine Schwerpunktthemen sind die Energiewende, sichere sowie bezahlbare Energie und Klimaschutz. www.schaefer.gr

Platz 9: Mjügan Percin - Ihre Schwerpunktthemen sind eine demokratische und offene Gesellschaft, Bürger_innenrechte und Europapolitik.

Platz 10: Sergey Lagodinsky - Seine Schwerpunktthemen sind Integrationspolitik, Außenpolitik, Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik.

Platz 11: Eva Marie Plonske - Ihre Schwerpunktthemen sind Hochschul- und Wissenschaftspolitik, Europapolitik, Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Platz 12: Anja Kofbinger, Direktkandidatin für Neukölln - Ihre Schwerpunktthemen sind Frauen- und Gleichstellungspolitik, Queerpolitik – und natürlich Neukölln. www.kofbinger.de

Die Kitapflichtforderung ist eine Nebelkerze

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus hat mal wieder die Keule Kitapflicht aus dem Schrank geholt, die auch der Bezirksbürgermeister Buschkowsky seit Jahren gern schwingt. Richtig daran ist, dass es gut wäre, wenn alle Kinder so früh wie möglich von frühkindlicher Bildung und Förderung profitieren könnten. Denn es ist nachweisbar, dass Kinder, die die Kita über längere Zeit besuchen, danach deutlich besser mit den Anforderungen der Schule klarkommen.

Elne unerfüllbare Forderung

Warum ist die Forderung nach der Einführung einer Kitapflicht für alle Kinder trotzdem Unsinn? Die Senate der letzten Wahlperioden haben sowohl den notwendigen Ausbau von Kitaplätzen als auch die rechtzeitige Ausbildung von Fachkräften verpennt. Es fehlen in manchen Stadtregionen so viele Kitaplätze, dass Eltern schon fast mit der Feststellung der Schwangerschaft anfangen, sich um die raren Plätze zu rangeln. Trotzdem wird auch jetzt das Kitaubauprogramm vom Senat wieder mit zu geringen Mitteln ausgestattet, um die Lücke schnell zu schließen. Real fehlen tausende Kitaplätze, um den Bedarf derjenigen Familien zu decken, die einen Platz für ihr Kind suchen. Selbst Jugendämter, die Plätze für Kinder suchen, die besondere Förderung brauchen, haben massive Probleme, schnell wohnungsnah Lösungen zu finden. Wenn die Kitapflicht käme, wäre Berlin überhaupt nicht in der Lage, allen Kindern einen vernünftigen Kitaplatz zuzuweisen.

Neuköllner Bezirksamt lehnt türkische und arabische Informationen auf seiner Webseite ab

Eigentlich hatte sich das Bezirksamt am 18. November 2008 selbst verpflichtet, regelmäßig über die Umsetzung des „Leitbildes zur interkulturellen Öffnung des Neuköllner Bezirksamtes“ zu berichten. Da das bisher nie geschehen war, hat die Grüne BVV-Fraktion jetzt mal nach dem Stand der Dinge gefragt. Dabei war u.a. zu erfahren, dass es das Bezirksamt ausdrücklich ablehnt, Informationen auf Türkisch und Arabisch herauszugeben. Und nach einer eigenen Untersuchung des Bezirksamtes ist Englisch „die zweitwichtigste Verständigungssprache“ im Bezirk. Aus diesem Grund – und als Service für „englischsprachige Journalist_innen“ – wird manches auf Englisch angeboten. Die gesamte Anfrage kann mit der Drucksachenummer KA/082/XIX hier auf der Seite des Bezirksamtes abgerufen werden: gruenlink.de/ftn

Susanna Kahlefeld

Volle Kitas auch in Neukölln

Seit dem 01. August 2013 haben alle Kinder ab dem ersten Geburtstag einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kitaplatz. Berlin brüstet sich damit, dass die Versorgung besser ist als in vielen anderen, insbesondere westdeutschen Ländern. Es nützt den Familien in der Berliner Innenstadt, die händeringend einen Kitaplatz für ihr Kind suchen, allerdings herzlich wenig, wenn man ihnen sagt, dass sie in Bayern oder Hessen noch viel mehr Probleme hätten. In Neukölln können die Kitas innerhalb des S-Bahnringes längst nicht mehr alle Kinder aus ihrer Umgebung aufnehmen. Geradezu extrem ist die Lage im Bereich der Köllnischen Heide, wo besonders viele Kinder, die dringend einen Platz bräuchten, abgewiesen werden müssen. Und wir sind jetzt am Schuljahresanfang, wo Kinder, die in die Schule wechseln, Plätze frei machen. Kinder, die am Anfang des nächsten Jahres einen Platz brauchen, haben in den dann komplett belegten Kitas kaum noch eine Chance.

Schon jetzt ist die Situation so schwierig, dass viele Familien zwischen Wut und Verzweiflung schwanken, was die zuständige Senatorin – nach eigener Aussage – nicht nachvollziehen kann. Diese Realitätsverweigerung scheint ansteckend zu sein. Nur so lässt sich erklären, dass führende Sozialdemokrat_innen wieder einmal über die Kitapflicht schwadronieren – gerade jetzt, wo der Senat alle Hände voll zu tun hätte, die Rechtsansprüche der Familien, die sie einfordern wollen, zu erfüllen. Wenn die SPD es wirklich ernst damit meinen würde, alle Kinder so früh wie möglich zu fördern, würden sie dafür sorgen, dass der notwendige Kitausbau schneller vorankommt. Die geplanten Mittel für den nächsten Doppelhaushalt sprechen allerdings nicht dafür.

Schuld sind immer die anderen?

Es bleibt daher nur eine Erklärung für dieses Verhalten. Es soll von den eigenen Versäumnissen abgelenkt werden und der „Schwarze Peter“ soll an die Familien weitergereicht werden. Wenn Kinder in der Schule Probleme haben, dann ist nicht unser schlecht ausgestattetes Schulsystem schuld, das immer noch nicht in der Lage ist, Kinder individuell zu fördern, dann ist auch nicht etwa der Senat verantwortlich, der den Kitausbau verpennt hat und damit Kinder von der frühen Förderung ausschließt, sondern die Schuldigen sind klar erkannt: die Eltern, die ihre Kinder angeblich von der Kita fernhalten und die man deshalb mit Polizeigewalt und empfindlichen Strafen bedrohen muss. Diese „Haltet den Dieb“-Rhetorik angeblicher Retter der Kinder ist schäbig. Bündnis 90/Die Grünen fordern: keine Elternschelte, sondern zügiger Kitausbau.

Gabriele Vonnekold

ES GEHT UM DAS
BEDINGUNGSLOSE
GRUNDEINKOMMEN
FÜR EUROPA

Unterschreiben Sie die
Europäische BürgerInneninitiative
Grundeinkommen!

www.ebi-grundeinkommen.de

Antwort auf die Krise in Europa? Noch bis zum 14. Januar 2014 läuft eine Europäische Bürger_inneninitiative für ein Grundeinkommen in Europa.
Illustration und Gestaltung: ulrikejensen.de

MIT JOBCENTERN, DIE MENSCHEN TATSÄCHLICH UNTERSTÜTZEN

Grundsicherung der Zukunft

Arbeitsplätze, die auskömmlich sind und Sicherheit bieten, sind für immer mehr Menschen unerreichbar: Denn viele neue Arbeitsplätze entstehen überwiegend befristet, als Minijobs oder Niedriglohnjobs in der Leiharbeit. Die schwarz-gelbe Merkel-Koalition hat diese verheerende Entwicklung nicht nur zugelassen, sondern mit ihrer Politik massiv verstärkt.

Bündnis 90/Die Grünen wollen prekäre Arbeitsverhältnisse eindämmen, Minijobs ersetzen, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern und das Tarifvertragssystem stärken. Um wieder zu fairen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt zu kommen, setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ein. Eine Bundesregierung mit starker Grüner Beteiligung wird diesen direkt nach der Bundestagswahl gesetzlich verankern.

Zuviel Armut in einem reichen Land

Heute ist materielle Armut in Berlin kein Randphänomen – und das, obwohl wir in einem der reichsten Länder der Welt leben. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende ist ein entscheidendes Auffangnetz für viele Menschen. Diese Grundsicherung muss neben der materiellen Absicherung auch die Möglichkeit der soziokulturellen Teilhabe an unserer Gesellschaft sicherstellen. Die Würde des Menschen ist und bleibt Maßstab Grüner Politik. Wir wollen daher beispielsweise den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen und jährlich überprüfen, ob er noch angemessen ist.

Darüber hinaus wollen wir beim ALG II die Grundlage der Berechnung umstellen von der Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung. Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre finanzielle Abhängigkeit. Das gilt auch für Asylbewerber_innen. Deshalb schaffen wir das Asylbewerber_innenleistungsgesetz ab, überführen ihre Ansprüche ins Sozialgesetzbuch (SGB) und beenden die unwürdige Gutscheinspraxis.

Jobcenter müssen tatsächlich unterstützen!

Ein gutes Jobcenter ist ein Schlüssel, um Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Doch die Jobcenter bieten häufig nicht das, was wir von ihnen erwarten. Menschen werden zu oft nicht gefördert, sondern nach „Schema F“ behandelt. Das müssen wir ändern. Das Jobcenter, das wir uns vorstellen, hört den Menschen zu, erkennt die Potentiale der Menschen und hilft ihnen, den nächsten Schritt zu tun.

Arbeitsvermittler_innen und Arbeitssuchende legen gemeinsam fest, welche Fortbildung oder welcher Job der richtige ist. Dabei gilt es, die Eigeninitiative der Arbeitssuchenden zu fördern, indem ihre Vorschläge ernst genommen werden und ihnen das Recht eingeräumt wird, zwischen geeigneten Maßnahmen zu wählen. Wir schlagen außerdem vor, unabhängige Ombudsstellen in allen Jobcentern einzurichten, die bei Konflikten vermitteln.

Dazu halten wir die Sanktionen für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II, so wie sie aktuell existieren, für kontraproduktiv. Sie sind meist demütigend und unnötig. Wir wollen daher auch die verschärf-

ten Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren, die bis zur Obdachlosigkeit führen können, unverzüglich abschaffen.

Grundeinkommen als Perspektive?

Die Erwerbsverhältnisse aber auch die Familienbeziehungen sind heute vielfältiger und unbeständiger geworden. Dies verlangt neue Antworten bei der Gestaltung unseres Sozialstaates. Bündnis 90/Die Grünen diskutieren daher das bedingungslose Grundeinkommen als einen Baustein für die Bekämpfung von materieller Armut und die Garantie gesellschaftlicher Teilhabe.

Dieses Grundeinkommen für alle soll unser

soziales Sicherungsnetz nicht ersetzen, sondern in ein sozialpolitisches Gesamtkonzept einbetten. Denn für Bündnis 90/Die Grünen ist soziale Sicherheit die Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement. Soziale Sicherheit und Teilhabe sind zwei Seiten

einer Medaille. Denn die Würde des Menschen ist und bleibt Maßstab unserer Politik.

Wir wollen diese Debatte in die Gesellschaft hineinragen und halten dazu die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag für sinnvoll. Dort sollen die Idee und Modelle eines Grundeinkommens sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden.

Mehr Informationen unter www.gruenes-grundeinkommen.de.

Stefan Ziller, Bundestagskandidat und Sprecher des Grünen Kreisverbands Mahrzahn-Hellersdorf

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„... der Bezirk mit der schrägsten, schönsten, anstrengendsten, hilfsbereitesten, lautesten und spannendsten Mischung von Menschen in ganz Berlin. Ich geh hier nicht mehr weg!“
Annette, 39 Jahre



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und

Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de.

Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!

VORHANG AUF - INTENSIVE SPRACHFÖRDERUNG DURCH THEATERPROJEKTE

Mehr als nur Spielfreude

„Das Theater soll den Kindern helfen, ihre verborgene Sprache des Herzens zu öffnen.“ Ulrike Dürögger, Afro-Deutsche Spielgruppe/Total Plural e.V.

Wir können uns alle dunkel an Theateraufführungen unserer Grundschultage oder sogar Oberschulzeit erinnern. An unsere stolzen, gerührten Eltern. Es ist etwas Besonderes. Plötzlich entdeckt man Seiten an sich, die zuvor verborgen waren. Theaterprojekte reißen Schüler_innen aus ihrer gewohnten Umgebung und mehr als das. Kinder entscheiden sich aus freien Stücken für eine Rolle, einen Charakter und erweitern ihre Handlungsfähigkeit. Theaterprojekte fördern, neben anderen Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen, gerade die Vielfalt an Ausdrucksmöglichkeiten der deutschen Sprache.

Sprachkenntnisse von Schulanfängern

Wenn es um Sprachdefizite in den zahlreichen Diskussionen bezüglich Bildung und Integration geht, stehen in der Regel Schüler_innen mit Migrationshintergrund im Fokus. Dass der Kitabesuch keine Garantie für ausreichende Sprachkenntnisse sei, ergab der jüngste Sprachtest unter den Vorschulkindern. In Neukölln besuchen etwa 2520 Schulanfänger_innen ab dem Schuljahr 2013/14 die erste Klasse und ca. 360 Schüler_innen wurden aufgrund von Sprachdefiziten und Entwicklungsstörungen zurückgestellt, weil sie dem Schulunterricht sprachlich nicht ausreichend folgen könnten und somit von Beginn an benachteiligt wären. Trotz enormer Investitionen in den kostenfreien Kitabesuch gibt es kaum positive Veränderungen, bemängeln Kritiker und sagen, dass die Qualität der zusätzlichen Sprachförderungen in den Kitas verbessert werden muss. Allerdings betreffen Sprachdefizite nicht allein Kinder nicht deutscher Herkunft.

Marzahn-Hellersdorf, ein Bezirk mit einer niedrigen Migrant_innenquote, steht an dritter Stelle bezüglich des Sprachförderbedarfs, an zweiter Stelle ist der Bezirk Mitte und Neukölln steht an erster Stelle. Wie hätte es auch anders sein können.

Ausgleichen von unterschiedlichen Sprachniveaus

Umso wichtiger ist die zusätzliche intensive Sprachförderung in der Grundschule, zu der die Fraktion der Neuköllner Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung vom September 2012 einen Antrag gestellt hatte, dem im April 2013 alle Fraktionen zugestimmt haben.

Theaterprojekte sind inzwischen fester Bestandteil an vielen Neuköllner Grundschulen, denn sie fördern die Vielfalt der Anwendung von Sprache auf eine kreative Art und Weise, die nicht nur im regulären Deutschunterricht zum Ausdruck gebracht werden kann – denn jeder Fachunterricht ist, mit einigen Ausnahmen, auch Deutschunterricht. Seit fast einem Jahr leitet Ulrike Dürögger, Schauspielerinnen und Sängerin mit der Theaterpädagogin Alina Bingk, die Theater-AG an der Neuköllner Eduard-Mörke-Schule. Einmal wöchentlich kommen Kinder unterschiedlicher Klassenstufen für eineinhalb Stunden zusammen und proben. Die Afro-Deutsche-Spielgruppe Berlin/Total Plural e.V. wird noch bis Juni 2014 an der Schule sein und wird vom Quartiersmanagement Ganghofer Straße gefördert. „Monster, Prinzessin und Co“ hieß das Stück, das die Schüler_innen der ersten bis sechsten Klasse aussuchten und einübten.

Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und des Durchhaltevermögens

Nicht nur die Schulsprache Deutsch wird stärker gefestigt, sondern die

Mehrsprachigkeit der Kinder fließt ebenso in die Darstellung ein. So entsteht ein Gleichgewicht, das sich positiv auswirkt, Anerkennung und Wertschätzung unter den Kindern fördert. Gefördert werden auch das Durchhaltevermögen und der Ehrgeiz, sich schwierigen Situationen zu stellen. So fließt diese positive Energie in alle Schulfächer – auch in Mathe und die Schüler_innen geben dann nicht so schnell auf, wenn sie eine Aufgabe nicht verstehen. Ein weiterer Aspekt ist das gestärkte Gemeinschaftsgefühl. Sie erwerben wichtige soziale Kompetenzen, nehmen Rücksicht aufeinander, lernen mit Kritik positiv umzugehen und aufeinander zuzugehen, auch wenn gerade Streit war. Die Schüler_innen erfahren und erleben eigene Identität, kulturelle Vielfalt, Verständnis aufzubauen, neu anzufangen, nicht aufzugeben, wenn etwas nicht klappt. Sie lernen auch, sich jeder Form von Diskriminierung in den Weg zu stellen, denn die Afro-Deutsche-Spielgruppe macht auch aufmerksam darauf, dass sich Migration, afro-deutsche Vielfalt oder der Hinweis auf andere Nationalitäten kaum in den regulären Schulbüchern finden.

Wo Vielfalt zuhause ist

Theaterprojekte sind eine Mischung ästhetischer Gestaltungsmöglichkeiten und der Förderung intellektueller, sozialer, kreativer, emotionaler und nicht zu vergessen physischer Fähigkeiten. Eine Theateraufführung führt sie alle an dem Ort zusammen, wo Vielfalt zuhause ist – nämlich in der Schule, dem sozialen Raum der Schüler_innen, in dem sie geschützt und gefördert werden sollen. Am Tag der Aufführung kommen sie alle zusammen: die stolzen Eltern,

Großeltern, Geschwister, Freund_innen, Lehrer_innen, Pädagog_innen und nicht zuletzt die Hauptakteur_innen. Wir tauchen ein in eine bunte Welt und die während des tosenden Applauses leuchtenden Augen aller Kinder lassen für einen Augenblick vergessen, dass zu oft laufende Diskussionen bezüglich Integration und Bildung aus der Perspektive des Problemdiskurses geführt werden. Wir gehen aus der Vorstellung und fühlen uns gut, sind motiviert und stolz auf unsere Kinder. Vorhang auf für unsere kleinen und großen Kulturbotschafter_innen, die es in wenigen Minuten schaffen, uns zu zeigen, wie bunt und schön Neukölln im Herzen ist.

Mahwareh Christians-Roshanai,
Mitglied der Grünen BVV-Fraktion

Bildung in der Zuwanderungsgesellschaft

Die letzte Auswertung der PISA-Ergebnisse und die Grundschulstudie IGLU unterstreichen noch einmal, dass unser Schulsystem in einer Krise steckt. Es werden weder Leistungsstarke noch Leistungsschwache gefördert. Das Bildungssystem hat aber die Aufgabe, die Entfaltung der Persönlichkeit zu fördern und die Unterschiedlichkeit der Menschen zu einem zentralen Ansatz von Pädagogik und Didaktik zu machen. Individuelle Förderung und Chancengerechtigkeit müssen daher den Kern der Bemühungen aus der Bildungsmisere bilden.

Alarmierende PISA-Befunde

Kinder aus Migrant_innenfamilien für das schlechte Abschneiden bei PISA verantwortlich zu machen, wie manche konservative Politiker_innen es immer noch tun, ist unverantwortlich. Einer der alarmierenden Befunde der PISA-Studie ist der Zusammenhang zwischen den Bildungschancen und der Herkunft der Jugendlichen. Jugendliche aus sozial schwachen Verhältnissen schneiden am schlechtesten ab und haben es in der Schule am schwersten. In ganz besonderem Maße trifft dies auf Ju-

gendliche mit Migrationshintergrund zu. Unser Schulwesen wird damit weder dem demokratischen Anspruch auf Chancengleichheit noch den Anforderungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes gerecht. Die jahrelange Unterfinanzierung der Schulen und



Grafik: gruene.de (CC BY-NC 3.0)

die versäumten inhaltlichen Reformen sind der Grund für das schlechte Abschneiden der deutschen Schüler_innen – und nicht ihre Herkunft.

Schüler_innen mit einem Migrationshintergrund verteilen sich dabei sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Schulformen und Bildungsgänge: Überproportional hoch ist die Zahl der migrantischen Schulabgänger_innen ohne Schulabschluss; deut-

lich unterproportional ist dagegen ihr Anteil in den Gymnasien bzw. den gymnasialen Oberstufen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Für die Familien ausländischer Herkunft der ersten Migrant_innengeneration stellt das deutsche Bildungssystem eine Reihe ungewohnter Anforderungen. Häufig fehlt es an Kenntnissen der hiesigen Bildungsinstitutionen und des Schulsystems. Arbeiter_innenfamilien ausländischer Herkunft sind oft auch nicht in der Lage, eine gezielte Wahl der Bildungsinstitutionen vorzunehmen. Eltern-Lehrer_innen-Gespräche scheitern häufig an der sozio-ökonomischen, kulturellen und sprachlichen Distanz, die Kommunikation wird sogar häufig aus Angst und Unsicherheit vermieden. Es überwiegt oft auch eine defizitäre Betrachtung und die Bilingualität der Schüler_innen wird eher als Integrationshindernis denn als Ressource betrachtet.

Spracherwerb als Schlüssel

Eine Einwanderungspolitik, die die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer_innen zum Ziel hat und sie dazu befähigen will, muss daher neben der gleichberechtigten poli-

tischen Teilhabe am Gemeinwesen auch die sprachliche Teilhabe ermöglichen. Erst die Verfügung über die deutsche Sprache in Wort und Schrift ermöglicht eine aktive Auseinandersetzung mit der hiesigen Gesellschaft und ihrer Kultur. Da Spracherwerb, Sprachfähigkeit und schulischer Erfolg auf das Engste verkoppelt sind, muss dem Spracherwerb im Kindergarten und in der Grundschule hohe Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ein wesentlicher Mangel im Schulsystem liegt im Fehlen durchschlagender interkultureller Curricula und Schulprogramme sowie an der Abwesenheit von Lehrkräften mit Migrationshintergrund im Regelunterricht. Die Förderung benachteiligter Schüler_innen nichtdeutscher Herkunft bedarf dringend einer Neukonzeption, da der Anteil der Schulabbrecher_innen unter ihnen unverträglich hoch ist. Jetzt ist die Zeit für eine Sprach- und Bildungsoffensive für sozial Benachteiligte und für Kinder mit Migrationshintergrund.

Denn die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine entscheidende Voraussetzung nicht nur für den Bildungserfolg, sondern auch für eine gleichberechtigte Teilnahme an der

Gesellschaft und steht nicht im Widerspruch zum Wunsch mancher ausländischstämmigen Familien, die Muttersprache zu pflegen. Daher ist für alle Bildungseinrichtungen eine stärkere multikulturelle und multilinguale Ausrichtung der Kollegien wichtig. Als besonders wichtig ist die Ausbildung und Fortbildung des Lehrpersonals und deren interkulturelle Qualifikation anzusehen. Konsequente Förderprogramme zum Abbau von Sprachdefiziten neben der Förderung der Muttersprache, gezielte Maßnahmen zum Erwerb fehlender Schulabschlüsse sowie Strukturverbessernde Maßnahmen für Schulen mit hohem Anteil an Schüler_innen nichtdeutscher Herkunft sind in diesem Zusammenhang unabdingbar. Dabei kommt den Kitas als vorschulischer Bildungseinrichtung eine große Bedeutung zu. Diese müssen sowohl personell als auch finanziell für die zu bewältigenden Aufgaben gerüstet sein. Nur so können sie ihre Aufgabe als wichtige Erziehungsinstanz auch erfüllen.

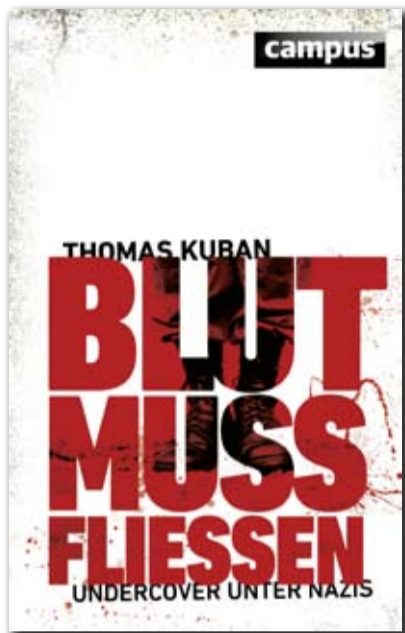
Özcan Mutlu, Bundestagskandidat und bildungspolitischer Sprecher der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Die Angst war ein ständiger Begleiter

Die Veranstaltung am 05. Juni 2013 im DGB-Haus war nicht öffentlich beworben worden, Einladungen wurden nur an Mitglieder ausgewählter Zielgruppen wie z.B. Gewerkschafts-Vertrauensleute oder Bündnisse gegen Rechts als persönliche E-Mails versandt. Und das aus gutem Grund: Der Inhalt dieser Buchpräsentation plus Filmvorführung war von einer solchen Brisanz, dass eine öffentliche Bewerbung die Sicherheit der Veranstalter_innen und Besucher_innen hätte gefährden können. Es ging um die jahrelangen Recherchen eines Journalisten mit dem Pseudonym Thomas Kuban, der in der rechts-extremen Musikszene recherchiert und hierzu ein Buch mit dem Titel „Blut muss fließen“ verfasst hatte. Der Autor stand nach der Vorführung des gleichnamigen Dokumentarfilms von Peter Ohlendorf für Fragen und Diskussionsbeiträge zur Verfügung – nicht persönlich, sondern per Telefon, aus Sicherheitsgründen, schließlich hatte er im Laufe der Jahre schon etliche Morddrohungen aus der rechts-extremen Szene erhalten.

Die Heimatseiten im Weltnetz

Man stelle sich vor: ein Journalist bekommt im Jahr 1997 mit, dass in seiner Wohnsiedlung eine neonazistische Skinhead-Party stattfindet. Dies weckt sein Interesse und er beginnt, sich über diese Szene zu informieren. Zunächst bedient er sich für seine Recherchen der damals üblichen „Nationalen Info-Telefone“, wobei es sich um Anrufbeantworter handelte, die mit Nachrichten für die rechts-radikale Szene besprochen waren. Diese Info-Telefone wurden jedoch zunehmend durch Internet-Foren auf



Campus-Verlag, Frankfurt/New York, 2012, ISBN 978-3-593-39802-0

den entsprechenden „Heimatseiten“ im „Weltnetz“ (Wortschöpfungen im Jargon der Szene) abgelöst.

Thomas Kuban beteiligte sich rege an diversen Foren und führte hierfür bis zu 40 unterschiedliche Identitäten gleichzeitig, durch die er mit zahlreichen Szenemitgliedern Kontakte pflegte. Er verfügte über Legenden als männliche oder weibliche Szenemitglieder oder -sympathisant_innen, als Einsteiger_innen oder ältere erfahrenere Skinhead-„Veteranen“. Hierdurch erwarb er sich zunächst „Grundlagenwissen“ als vermeintlicher Insider und wurde mit aktuellen Informationen zu einer bunten bzw. eher braunen Vielfalt von Nazi-Musikveranstaltungen versorgt. Der nächste Schritt, der ungleich riskanter war als die Internet-Recherche, war die leibhaftige Teilnahme an diesen

Konzerten, als Nazi verkleidet, und das heimliche Erstellen von Filmaufnahmen.

Der GAU vom 04. Oktober 2003

Für das Spiegel-TV-Magazin gelang es Thomas Kuban am 04. Oktober 2003, bei einem internationalen Konzert deutscher Neonazis im Elsass heimlich einen Filmbeitrag anzufertigen, der im Fernsehen ausgestrahlt wurde. Mit gewisser Genugtuung, was – insbesondere angesichts der Tatsache, dass ihm im Vorfeld die Veröffentlichung seiner Rechercheergebnisse nicht eben leicht gemacht worden war – sehr gut nachvollziehbar ist, schildert der Autor in seinem Buch die darauf folgenden entsetzten Reaktionen in den einschlägigen Internet-Foren in dem Tenor „Die Wichser waren tatsächlich drin mit versteckter Kamera und haben gefilmt! Das gibt es doch gar nicht!“

Für die Szene war es eine Katastrophe, ein GAU, zu bemerken, dass sich die Pressefreiheit eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates selbst aus ihren konspirativ-geschützten und vermeintlich rechtsfreien Räumen nicht ausschließen lässt. Und dass es couragierte Berichterstatter_innen gibt, die unter Lebensgefahr aufdecken, welche menschenverachtenden Inhalte bei Veranstaltungen wie diesen als Liedertexte propagiert werden. Der Bezug auf die Lebensgefahr ist hierbei keinesfalls übertrieben, wenn man sich

vorzustellen versucht, was geschehen wäre, wenn der Autor, mit seiner Mini-Kamera im Knopfloch seines schwarzen Lonsdale-Polohemdes in Gegenwart von Hunderten potenziell gewaltbereiten Nazis in aufgeheizter Stimmung entlarvt worden wäre.

Gewalt rockt bis in die Mitte der Gesellschaft

Kuban dokumentierte und berichtete nicht nur, sondern fragte auch nach Hintergründen und notwendigen Konsequenzen. Daher erstreckten sich seine Recherchen im Zusammenhang mit diesem Projekt nicht nur auf Nazi-Musikveranstaltungen unterschiedlichster Art, er nahm auch an einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der Vorstellung des bayerischen Verfassungsschutzberichtes von 2006 teil. Er forderte eine Antwort auf seine Fragen, warum trotz eindeutig strafbarer Handlungen wie Durchführung des Hitler-Grußes und

Absingen Gewalt verherrlichender Lieder zahlreiche Veranstaltungen der Nazis in Bayern ungestört bis zum Ende durchgeführt werden konnten. Die Antworten des Innenministers und des anwesenden Verfassungsschützers waren ausweichend, in

sich unschlüssig und vermittelten den Eindruck der Hilflosigkeit. Oder der Gleichgültigkeit? Von einer Veranstaltung in Oberösterreich im Dezember 2006 berichtet Kuban sogar, anwesende Polizeibeamte in Uniform

hätten sich von einigen der Nazi-Veranstalter per Handschlag und mit einem Schulterklopfen verabschiedet, woraufhin die Nazis feucht-fröhlich weiter feierten und sangen.

Wo man singt, da lass Dich nieder

Dass böse Menschen keine Lieder hätten, dürfte spätestens seit dem schwärzesten Kapitel der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 widerlegt sein. Musik, das heißt Klänge und Texte, haben eine tiefe Wirkung auf die menschliche Seele und setzen Gefühle frei, zumeist im positiven Sinne. Unter bestimmten Umständen jedoch können Klänge und Gesänge auch als Hilfsmittel dazu missbraucht werden, eine menschenverachtende Weltanschauung bei jungen Menschen zu verankern, die – wiederum im schlimmsten Falle – zu Hass und Gewalttätigkeit führt. Dies wissen die Nazi-Akteur_innen sehr genau, nicht umsonst gilt das Verteilen kostenloser CDs mit Rechtsrock auf Schulhöfen als eines der wirksamsten Werbemittel zur Rekrutierung von Nachwuchs.

Es ist sehr zu hoffen, dass mittlerweile – spätestens seit der Aufdeckung der NSU-Morde – das Bewusstsein für die Gefahr, die von rechtsextremistischem Gedankengut ausgeht, deutlich angestiegen ist. Rechtsterrorismus ist existent und Gewalt verherrlichende Texte rechten „Liedgutes“ stacheln zu rechtsterroristischen Verbrechen an. Thomas Kuban hat mit seinem mutigen Projekt dazu beigetragen, das Übel an der Wurzel zu packen.

Susanne Lippert-Gulich

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„... mehr als man auf den ersten Blick sieht.“
Mario, 35 Jahre

SICHERHEITSARCHITEKTUR RELOADED

Wer überwacht hier eigentlich wen?

„Entweder der Verfassungsschutz wusste nichts vom NSU, dann ist er sinnlos. Oder er wusste etwas, dann ist er gefährlich.“ Mit diesem Statement positionierte sich Yavuz Narin, Nebenklagevertreter im Münchner NSU-Prozess, auf einer Podiumsdiskussion der GRÜNEN JUGEND München im Juli. Was

nützt einem ein „Verfassungsschutz“, der zwar von jeder kapitalismuskritischen Lesung Wortprotokolle hat, eine völkisch-rassistisch motivierte Mordserie jedoch nicht verhindern kann?

V-Leute als NSU-Unterstützer_innen

Seit der Aufdeckung des NSU-Skandals im November 2011 wird die Mitverantwortung der Verfassungsschutzämter diskutiert. Tragen sie eine Mitschuld daran, dass das Trio jahrelang unerkannt morden konnte? Der Fokus richtete sich schnell auf die Praxis, Mitglieder der Szene als Vertrauenspersonen – besser bekannt als V-Leute – anzuwerben und für Informationen über die Szene zu bezahlen. Der „Thüringer Heimatschutz“, Vorfeldorganisation des NSU, bestand zwischenzeitlich

zu 25 % aus bezahlten V-Leuten; viele der Unterstützer_innen des Trios standen auf der Gehaltsliste ihrer jeweiligen Verfassungsschutzlandesämter. Entgegen der immer wieder vorgebrachten, empirisch aber kaum unterfütterten Behauptung, V-Leute hülften bei der Verbrechensbekämpfung, muss man feststellen: Vermutlich ist die rechte Szene durch sie eher gestützt als geschwächt worden.

Fremdkörper Verfassungsschutz

In einem demokratischen Rechtsstaat ist ein Inlandsgeheimdienst ein Fremdkörper. Das geheime Bespitzeln der eigenen Bevölkerung ist ein nicht unerheblicher Grundrechtseingriff, der einer besonderen Legitimation bedarf. Insofern ist ein geheimdienstliches Vorgehen – wenn überhaupt! – nur dann gerechtfertigt, wenn zum einen die Informationen nicht auch über öffentlich zugängliche Kanäle erlangt werden können und wenn zum anderen der Grundrechtseingriff in einem angemessenen Verhältnis zum Ermittlungserfolg steht. Deswegen ist es absurd, wenn der Verfassungsschutz V-Leute dafür bezahlt, weiterzugeben, wie viele Faschos gerade in einem Bus nach Dresden sitzen, um dort „des Bomben-Holocausts zu

gedenken“. Deswegen ist es falsch, wenn der Verfassungsschutz linke Strukturen auf der Suche nach Marx-Lesekreisen durchleuchtet.

Eine einfache Reform ist nicht genug

Als GRÜNE JUGEND fordern wir die Auflösung sämtlicher Inlandsgeheimdienste, eine „Reform“, wie die SPD sie will, ist uns nicht genug. Von Mitgliedern parlamentarischer Kontrollgremien wird nun immer wieder vorgebracht, dass bei der Bekämpfung von beispielsweise islamistischem Terrorismus auf geheimdienstliche Methoden zurückgegriffen werden müsse, weil die Gefahr eines Anschlags dadurch verringert werden könne. Die oftmals vorgebrachte Lösung, die Vorfeldbeobachtung bei den Polizeibehörden anzusiedeln, ist jedoch mit dem durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus motivierten Trennungsgebot – keine Polizei mit geheimdienstlichen Befugnissen, keine Geheimpolizei! – so nicht zu vereinbaren. Was ist also möglich?

Als erster Schritt ist die Zerschlagung aktueller Strukturen – also die Auflösung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und eine „institutio-

nelle Neugründung“ mit personellem Wechsel vermutlich sinnvoll. Damit einhergehen muss jedoch eine radikale Aufgabenkritik. Gesinnungsschnüffelei wie die Überwachung von Parteien oder gar „Bildungsarbeit“ wie bei Andi in NRW (siehe www.andi.nrw.de) müssen der Vergangenheit angehören. Was ebenfalls ein Ende finden muss, ist die Erstellung von Verfassungsschutzberichten auf Basis der gefährlichen und ideologisch verblendeten Extremismustheorie. In diesen werden die beobachteten Gruppen dargestellt und klassifiziert. Eine Erwähnung im VS-Bericht kann weitreichende Folgen haben – z.B. die Einstellung finanzieller Unterstützung durch Ministerien. Vielen antifaschistische Initiativen – also denen, die sich im Kampf gegen rechte Gewalt besonders hervorgetan haben – wird so die Arbeit unmöglich gemacht. Zu guter Letzt ist der schnellstmögliche Abzug sämtlicher V-Leute zu nennen. Wie der NSU-Skandal gezeigt hat, sind sie im Kampf gegen Nazis nicht nur nicht effektiv, sondern explizit kontraproduktiv.

Felix Banaszak gehört seit 2011 dem Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND an, seit 2012 als Politischer Bundesgeschäftsführer.



Der Verfassungsschutz rechtfertigt sich. Zeichnung: Kalle Erlacher

Meine Daten gehören mir

Die Enthüllungen über die Überwachungsaktivitäten von Geheimdiensten und die bereitwillige Zusammenarbeit von Internetkonzernen und Telekommunikationsanbietern sind zutiefst erschreckend, weil sie unseren Rechtsstaat und unsere individuelle Freiheit angreifen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung versagt bei der Aufklärung dieses Skandals und der Wahrung unserer Grundrechte. Angela Merkel redet herum und Innenminister Friedrich rechtfertigt diese massiven Grundrechtseingriffe auch noch.

Wo ist die demokratische Kontrolle?

Geheimerichte und geheime Vereinbarungen entziehen sich jeglicher demokratischer Kontrolle und bergen die Gefahr, dass sie sich als Institutionen verselbstständigen. Wie stark dieses Eigenleben sein kann, hat das Versagen des Verfassungsschutzes bei der Abwehr der NSU-Morde erschreckend ans Tageslicht befördert. Besorgniserregend ist aber auch die weit verbreitete, stillschweigend akzeptierende Haltung vieler Menschen. Der Satz „ich habe nichts zu verbergen“ mag ja individuell richtig sein, aber soll der Staat wirklich über unsere Gedanken und Wünsche Bescheid wissen? Soll er unsere Kommunikation allumfassend protokollieren, immer wissen, wo wir sind und das alles unermesslich lange speichern? Privatsphäre existiert dann nicht mehr.

Wir GRÜNEN haben die klare Antwort „Nein, wehret den Anfängen!“ Die Kontrolle der Geheimdienste bedarf einer gesellschaftlichen Debatte und neuer gesetzlicher Regelungen, um unsere individuelle Freiheit und unsere Bürgerrechte dauerhaft zu sichern.

Wehret den Anfängen!

Dazu gehört ein starker und in internationalen Abkommen abgesicherter Datenschutz, die Sicherung der anonymen Nutzung von Internetdiensten, klare gesetzliche Regelungen, was Geheimdienste dürfen und was nicht, und ein Ende der Debatte über die von CDU und SPD geforderte Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.

Freiheit statt Angst!

Aber auch jede Einzelne von uns kann etwas tun: Verteidigen Sie sich selbst und Ihre Freiheit. Dies können Sie politisch tun, unterzeichnen Sie Aufrufe und demonstrieren Sie auf der Straße. Am 07. September geht es in Berlin unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ auf die Straße, Beginn ist um 13 Uhr am Potsdamer Platz. Aber auch privat haben Sie Möglichkeiten, sich zu wehren. Verschlüsseln Sie beispielsweise Ihre E-Mails und Ihre Daten, die sie online speichern, und nutzen sie Anonymisierungsdienste wie z.B. Tor. Viele Hinweise finden Sie auch auf unserer Internetseite www.gruene.de/meine-kampagne oder unter www.gruen-digital.de.

Verteidigen Sie Ihre Freiheit – am 22. September 2013 Grün wählen.

Malte Spitz

Malte ist Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Medienpolitik, Bürgerrechte, Wirtschaftspolitik und Demographie.

DER NEUKÖLLNER MIETENTISCH FORMIERT SICH

Gemeinsam aktiv gegen steigende Mieten



Weit über hundert Menschen kamen zur Auftaktveranstaltung des Neuköllner Mietentisches. Foto: Jana Taube

Das Haus verkauft an eine Investmentgesellschaft, im Briefkasten die happige Mieterhöhung von bis zu 50 % nach einer Modernisierung, im eigenen Haus werden immer mehr Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt und bei der Suche nach einer neuen Wohnung drängeln sich bis zu hundert Mitbewerber_innen im Hausflur. Die Sorgen und Nöte der weit über hundert Neuköllner_innen in der Rütli-Quartiershalle sind vielfältig – aber sie drehen sich alle um die Angst, sich die eigene Wohnung bald nicht mehr leisten zu können oder keine neue mehr zu finden.

Unter dem Motto „Bezahlbare Mieten. Gegen Verdrängung. Wir bleiben alle!“ hatte der Quartiersrat Reuterplatz am Abend des 12. August 2013 zur Auftaktveranstaltung des „Bündnis Bezahlbare Mieten Neukölln“ geladen. Mehrfach müssen neue Stühle organisiert werden, damit alle im großen Kreis Platz finden. Ganz bewusst wollten die Organisator_innen keine klassische Podiumsdiskussion mit wahlkämpfenden Politiker_innen, sondern eine Veranstaltung, bei der die Anwohner_innen selbst ausführlich zu Wort kommen sollten. Auch die Kommunalpolitiker_innen quer durch alle Parteien wurden eingeladen – aber nicht, um ihre bekannten Statements vorzutragen, sondern um den Sorgen der Menschen zuzuhören.

Konkrete Forderungen an die Neuköllner Bezirkspolitik

Und die hatten dringenden Rede- und Austauschbedarf und ließen sich dabei auch von der schlechten Akustik und der verbrauchten Luft in der kürzlich neu eröffneten Quartiershalle nicht abschrecken. In den Arbeitsgruppen wurden neben dem Aus-

tausch über die eigenen Erfahrungen auch lautstarke Forderungen nach gesetzlichen Regelungen erhoben. Die Begrenzung von Neuvermietungs- mieten, Mieterhöhungen und der Modernisierungsumlage, die Einführung von Milieuschutzgebieten und die Verhinderung von Luxusmodernisierung sowie Verbesserungen bei der Erstellung des Mietspiegels wie z.B. die Überarbeitung der den Wohnwert steigernden Kriterien tauchten als Forderung an die Politik an diesem Abend genauso immer wieder auf wie der Wunsch nach wirklich sozialem Wohnungsbau und einem besseren Schutz vor Zwangs-räumungen. Auch die Umwandlung in Eigentums- und Ferienwohnungen wurde häufig angesprochen: Gerade Ferienwohnungen führen zu teilweise sehr großen Mietunterschieden in den betroffenen Häusern und die häufig wechselnde Mieter_innenschaft macht eine funktionierende Hausgemeinschaft meist unmöglich. Man lebt nicht mehr zusammen in einem Haus, sondern nur noch nebeneinander her.

Zuvor hatte Rainer Wahls vom Stadtebüro Friedrichshain vom Austausch fast der kompletten Bewohner_innenschaft rund um den Boxhagener Platz innerhalb weniger Jahre berichtet und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, um Ähnliches in Neukölln zu verhindern. Heike Thomas von der Mieter_innen-Initiative FuldaWeichsel (www.fulda-weichsel.wordpress.com) schilderte in emotionalen Worten ihre persönlichen Erfahrungen in der Auseinandersetzung um Modernisierung und Mieterhöhungen in ihrem Haus. Und

sie machte Hoffnung: Denn durch die gute Zusammenarbeit der betroffenen Bewohner_innen konnte viel erreicht werden, was Einzelne kaum geschafft hätten. Ihr Aufruf an die Anwesenden: Vernetzt Euch, schließt Euch zusammen, unterstützt Euch gegenseitig – denn gemeinsam sind wir stark!

Am Ende des Abends stand die deutliche Forderung an das Bezirksamt Neukölln nach einem wirksamen Handlungskonzept gegen die

Verdrängung von Mieter_innen aus unseren Kiezen. Zu den wichtigsten Punkten gehörte dabei die Einführung von Milieuschutzge-

bieten. Auch wenn dies kein Wundermittel gegen Verdrängung darstellt, so ist es doch ein praktikables Werkzeug, die aktuelle Entwicklung zumindest zu dämpfen. In den Bezirken Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg wird es bereits erfolgreich angewandt. Warum nicht auch in Neukölln?

Wie alles anfing...

Begonnen hatte alles Ende 2012, als der Quartiersrat Reuterplatz die Veröffentlichung einer neuen Sozialstrukturstudie zum Anlass nahm, einen offenen Brief an Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung zu richten (nachzulesen unter <http://www.reuter-quartier.de/Miete-und-Wohnen.2120.0.html>). Die Forderung: die Erarbeitung eines „Handlungskonzepts gegen die Verdrängung vieler Bewohner_innen mit niedrigem Einkommen aus unserem Reuterquartier“. Die Antwort des Neuköllner Baustadtrates Thomas Blesing (SPD) war an Deutlichkeit nicht zu überbieten: „Das System der freien Marktwirtschaft und auch die vorherrschende Einzeleigentümerschaft in der Innenstadt Neuköllns bieten kaum Eingriffsmöglichkeiten für bezirkspolitisches Handeln.“ Eine klare Absage, hier im Sinne der Betroffenen aktiv zu werden. Und auch die darauf folgenden Debatten in der Bezirksverordnetenversammlung ließen bei SPD und CDU wenig Verständnis für die Probleme erkennen.

Also entschloss sich der Quartiersrat, selbst tätig zu werden und ging auf andere Neuköllner Quartiersräte, Mieter_innenvereine und –initiativen, einzelne lokale Akteure_innen sowie Kommunalpolitiker_innen zu, unter anderem auch auf uns Grüne. Die Anfrage stieß auf sehr großes Interesse und man war sich schnell einig, dass bei diesem Thema dringender Handlungsbedarf besteht, um den offensichtlich notwendigen Druck auf die entscheidenden Akteure_innen in der Bezirkspolitik aufzubauen, und begann, die Veranstaltung zu planen.

Mehr Informationen sowie direkten Kontakt zum „Bündnis gegen steigende Mieten Neukölln“ gibt es unter www.mietenbuendnis.de.



NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Kreatives Nordneukölln

Im Juni führten uns die Schöne-Seiten-Touren einerseits zur Gesellschaft für Blechballage und Plakat-Industrie mbH in der Schinkestraße 20. Die 1904 gegründete Firma befindet sich in Familienbesitz und wird inzwischen in vierter Generation von Heiko Büttner geführt. Im Firmenarchiv lagern über 2.400 originale historische Vorlagen, darunter Schilder mit Motiven von Maggi, Coca-Cola, Schultheiss, Knorr, Dr. Oetker, Nestlé oder Langnese und vielen weiteren weltbekannten Marken. Zum Teil werden diese Schilder heute als Replika wieder neu aufgelegt. Im aktuellen Sortiment führt Plakat-Industrie eine vollständige Auswahl an Warn- und Hinweisschildern. Kunden können auch Ihre eigenen Ideen auf Blechdruckschildern verwirklichen. Durch das von Familie Büttner entwickelte Embalit®-Verfahren sind sie in der Lage, Einzel- oder Kleinstauflagen für ihre Kunden zu drucken. Auf der zweiten Tour führte uns Tanja Dickert von der Kreativen Gesellschaft Berlin (KGB) aus der Hertzbergstr. 1 rund um den Richardplatz und ins Böhmisches Dorf. Auch Bola Olawolo, der wirtschaftspolitische Sprecher der bündnisgrünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, ließ sich diesen interessanten Spaziergang durch den früheren Kern von Rixdorf nicht nehmen: Wir begaben uns zu den historischen Neuköllner Wurzeln. Es waren jedoch auch aktuelle Themen wie die Mietentwicklung, Gentrifizierung und die vielfältige Kunst- und Kulturszene im Richardkiez Thema auf dem Rundgang, der seinen krönenden Abschluss in der KGB mit einer Verköstigung Neuköllner Spezialitäten fand. Weitere Touren in diesem Sommer führten uns auf den Rathausturm, in die Britzer Mühle, zum Britzer Weingut und zur Gartenarbeitsschule August-Heyn. Die aktuellen Termine für unsere beliebte Veranstaltungsreihe sind auf unserer Webseite zu finden. Anmeldungen oder Fragen bitte an christian.hoffmann@gruene-neukoelln.de.
Christian Hoffmann

...und wie es weitergeht.

Aus der Auftaktveranstaltung des Bündnisses soll nun eine kontinuierliche Arbeit werden, die mit Aktionen auf sich aufmerksam macht und der (Bezirks-)Politik auf die Finger schaut. Zum ersten Treffen des Mietentisches am 27. August kamen über 25 Anwohner_innen, die gemeinsam Aktionen und die nächsten größeren Veranstaltungen planen wollen. Von diesem Neuköllner Mietentisch wird sicherlich noch einiges zu hören sein.

Alle Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die sich ebenfalls einbringen und mitmachen möchten, sind herzlich dazu aufgerufen, damit wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsam verstärkt Einfluss auf die Entwicklung nehmen können. Ganz egal, ob nur bei einzelnen Projekten und Veranstaltungen oder dauerhaft – jeder Beitrag ist willkommen und hilft dabei, dem gemeinsamen Ziel näher zu kommen: Wir bleiben alle!

Annette Heppel, Jochen Biedermann

